Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Comp., Nr. 20615. — **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 30 Pf.

Nr. 268 | Dresden, Freitag den 19. November 1920 | 31. Jahrg.

Harding als Wirtschaftspolitiker

Aeußerungen während der Wahlzeit sind keine eidesstattlichen Versicherungen. Es soll jedem etwas gebracht werden, dessen Stimme zählt. Richtungslinien und Zielpunkte aber heben sich meist doch deutlich genug ab, um danach auf die zukünftige Haltung eines Kandidaten schließen zu können. Dies gilt auch für ein Gespräch, das der Spezialkorrespondent der Federated Preß, Walter Ligget, mit dem damaligen Senator Harding führte, und zwar über die Frage der staatlichen Verwaltung der Eisenbahnen und andrer öffentlicher Einrichtungen.

Bekanntlich gab es während der Kriegszeit in Amerika auch eine Art „Zwangswirtschaft“, unter die besonders die Eisenbahnen fielen. Die sogenannte Esch-Cumins-Bill beantragte dann die Rückgabe der Eisenbahnen an die Gesellschaften und gleichzeitig die staatliche Festsetzung einer Mindestdividende zu Lasten der Allgemeinheit.

Die Arbeiterschaft kämpfte natürlich gegen dieses Gesetz, das die expropriierten Expropriateure wieder in ihre früheren Rechte einsetzte. Sie kämpfte unter Benutzung des in Amerika üblichen Mittels der persönlichen Einwirkung auf Abgeordnete. Darin, daß sie hierauf mehr Mühe verwendete als die Eisenbahngesellschaften, die ihrer Sache sehr sicher sein konnten, sieht Herr Harding, wie er in öffentlicher Rede verkündete, den Sieg „über die Herrschaft des Kapitals“. Für die Esch-Cumins-Bill aber tritt er ein, denn seine Unfähigkeit in der Geschäftsführung habe der Staat während des Krieges gezeigt, stille Sabotage von den Geschäftsleitern und Direktoren sei ganz ausgeschlossen. Nein, die „ausdörrende Hand“ der staatlichen Verwaltung trage die Schuld, dem Mangel an „Privatinitiative“ sei das klägliche Ergebnis zuzuschreiben.

Der liberale „Manchestermann“ enthüllt sich deutlich. Begeistert stimmt er das „Hohe Lied“ auf den „privaten Unternehmungsgeist“ an, dessen Weise und Text so wohlbekannt sind.

Herr Harding erklärte sich als „unwandelbarer Gegner jedes Versuchs, irgendetwas von Staats wegen zu unternehmen, was sich mehr für die Privatindustrie eigne“. Denn „nur der Gewinnantrieb sei die Wurzel alles Fortschritts und daher die größere Initiative des Privatunternehmers“. Für die während der Kriegszeit verursachten Schäden habe der Staat aufzukommen, und das eben sei der Sinn des Antrags von Esch-Cumins. Von einer Ueberkapitalisation der Eisenbahnen könne keine Rede sein, ebenso wenig von einem spekulativen Hinauftreiben der Eisenbahnwerte, die im Gegenteil eine Kapitalsanlage ruhiger Rentner seien.

Etwas vorsichtiger drückte sich Mr. Harding über die Landwirtschaft aus. Er mußte dabei eben mit der „Nonpartisan League farmers“ dem neutralen „Bauernbund“ Amerikas, rechnen, der über eine halbe Million Stimmen verfügt und die Verstaatlichung landwirtschaftlicher Institutionen in sein Programm aufgenommen, zum Teil auch, besonders in Nord-Dakota, bereits durchgeführt hat.

Es ist nicht uninteressant, daß — wie in einem längeren Artikel in der New-Republic ausgeführt ist — Amerika aus einem Ueberschußland von Agrarerzeugnissen zu einem Bedarfsland sich zu entwickeln droht, eine Tatsache, die selbst in Amerika wenig bekannt ist.

In einer Wahlrede war der Senator für die „Hebung der Landwirtschaft“ eingetreten, hatte Erwerbserleichterungen durch die Farmpächter befürwortet, ohne über Allgemeinheiten hinauszugehen.

Auch in der Landwirtschaft herrscht das private Kapital und paralisiert mühelos alle Beleihungsakte durch Hinauftreiben der Bodenwerte. Daher der Wunsch nach Verstaatlichung der Hypotheken- und Kreditbanken, die einen außerordentlich hohen Zinsfuß verlangen, Mühlen, Getreideelevatoren, Transportmittel usw.

Herr Harding fürchtet, wie er öffentlich erklärte, „die Lähmung der Landwirtschaft durch sozialistische Praktiken“, er wünscht die „Rückkehr zum freien Individualismus auch in der Landwirtschaft“.

Um es mit der „Nonpartisan League“ nicht zu verderben, erklärte er in der Entrevue mit dem Spezialkorrespondenten, daß er sich natürlich nicht gegen Mehrheitsbeschlüsse wenden wolle. Sähen die Farmer in der Verstaatlichung das beste Mittel, Härten und Schwierigkeiten zu beseitigen — nun „Gott mit ihnen!“ „Ich mag ja Unrecht haben und bin nicht zu alt zu lernen“.

Sieht man von den durch die Wahltaktik bedingten, widerwillig gegebenen Konzessionen an die „Nonpartisan League“ ab, so schält sich aus den Aeußerungen des Präsidenten deutlich sein Programm vom „freien Spiel der Kräfte“ heraus. Was aber das „Laissez faire, laissez passer“ gerade unter den amerikanischen Verhältnissen bedeutet, ist ohne weiteres klar. Unbeschränkte Monopolherrschaft des Kapitals! Die Herren der Wallstreet dürfen sich die Hände reiben, die amerikanische Arbeiterschaft muß sich zu schwerem Kampf rüsten, denn was gibt es, das für Privatunternehmen nicht „geeigneter“ wäre!

Aber auch wir, Europa und die Welt, werden die goldene Faust des amerikanischen Großkapitals zu spüren bekommen. Herr Harding und die amerikanischen Trusts werden allem Anschein nach „konform gehen“ — die weitere Entwicklung der Dinge bleibt abzuwarten, doch vor allen Illusionen ist beizeiten zu warnen.

Die Schiebungen der Hohenzollern

Exkronprinz und Exkronprinzessin

Zu der Millionenschiebung der Hohenzollern und andrer Fürstenhäuser durch ein Berliner Bankhaus wird dem Vorwärts von einer dritten Seite, und zwar von einer andern als der, die den Abgeordneten Hermann Müller informiert hat, folgendes mitgeteilt:

Das B. T. erklärt, daß das Bankhaus Cruser in hiesigen Bankkreisen unbekannt sei. Ich bezweifle aber sehr, ob die Kommerz- und Privatbank Hardy u. Ko., G. Schlesinger, Trier u. Ko. und andre hiesige Banken behaupten können, daß die Amsterdamer Bankfirma Grußer Philipson u. Ko. ihnen unbekannt sei. Um diese handelt es sich. In der Anfrage des Abgeordneten Müller ist irrtümlich der Name Grußer in Cruser verwandelt worden. Die Bankfirma hatte ihr Lokal Budapester Straße 2. Als es den hohen und höchsten Herrschaften zu unsicher wurde, sich dorthin zu begeben, wurde ein zweites inoffizielles Lokal Voßstraße 16 aufgetan.

Was die Vermögensschiebungen selber anbetrifft, so datieren diese bereits seit Januar 1919. Es ist nur verwunderlich, daß sie so lange der Behörde verborgen bleiben konnten. Sie begannen mit der Herausschaffung des kronprinzlichen Vermögens. Besuche der Kronprinzessin im Hotel Esplanade, wo Herr Grußer das ganze Jahr hindurch mehrere Räume bewohnte, und umgekehrt der Familie Grußer bei der Kronprinzessin waren keine Seltenheit. Später kamen andre Fürstlichkeiten, adlige und nichtadlige Reiche heran. Hauptschlepperdienste leistete der inzwischen verstorbene Dr. v. Tust, der Flügeladjutant des Kronprinzen, ein Herr v. Müller und Rechtsanwalt Dr. Wangemann, Alsenstr. 2. Mit der Zeit hat sich natürlich das Vermittlernetz entschieden ausgebreitet.

Die Provisionen des Herrn Grußer waren so groß, daß er zu Beginn dieses Jahres für zehn Millionen Anteile des Bankhauses G. Schlesinger, Trier u. Ko. übernehmen konnte. Herr Grußer reiste stets im Auto zwischen hier und Amsterdam. Die hohen Kosten spielten ja keine Rolle. Sicher in Anerkennung geleisteter guter Dienste wurde Herr Grußer vor kurzem zum lippeschen Geheimen Kommerzienrat ernannt, trotz der Abschaffung des Adels und der Titel. Wer die Ernennung vollzog, weiß ich nicht, aber auf den Briefbogen des Herrn Grußer war's zu lesen. Sicherlich war's auch Schiebung.

Der gesamte Schriftverkehr des Bankhauses Grußer ist beschlagnahmt. Sehr interessant ist jedenfalls die Feststellung, daß an der Spitze der Schieber das ehemals kronprinzliche Paar steht.

Die im Vorwärts enthüllten Millionenschiebungen deutscher Fürstenhäuser durch das Bankhaus Grußer, Philippsohn u. Co. zwingen nun auch die bürgerliche Presse, nach 24stündigem verlegenen Schweigen, von der Sache Notiz zu nehmen. Bezeichnenderweise geschieht das aber selbst in den linksstehenden Blättern in der Art, daß in der Ueberschrift nur von den Schiebungen des Bankhauses Grußer geredet, die fürstliche Klientel des Bankhauses aber geschont wird.

Dem Vorwärts wird noch folgende Mitteilung gemacht:

Außer den schon genannten Personen ging auch der Adjutant des Exkronprinzen, Herr v. Reisenstein, bei Grußer ein und aus. Die Beziehungen Grußers zum Hohenzollernhause waren so eng, daß Grußer einen Teil der Dienerschaft des kaiserlichen Hauses, Chauffeure, Lakaien usw. in seine Dienste übernahm.

Sehr interessant sind auch die Methoden, wie Grußer die Vermögensschiebungen bewerkstelligte. Eine seiner Methoden bestand darin, daß er seine Klienten in Deutschland Waren jeder Art kaufen ließ, für die er Ausfuhrbewilligung nach dem Ausland zu verschaffen wußte. Die Bezahlungen für die exportierten Waren kamen aber nicht nach Deutschland herein, sondern wurden Grußers Kunden in Amsterdam gutgeschrieben, womit der Zweck der Vermögensverschiebung erreicht war. Daß Grußer seinen Klienten die von ihnen gekauften Waren keineswegs billig anrechnete, versteht sich am Rande. Es gibt keinen Artikel, den Grußer nicht auf diese Weise nach dem Ausland verschob, Salvarsan, Sacharin, Spielwaren, Koffer, alles das waren Gegenstände, in denen verkörpert die fürstlichen Vermögen die Grenze passierten.

Die Interpellation des Abgeordneten Genossen Hermann Müller wird übrigens schon heute, nicht erst Sonnabend, durch den Justizminister beantwortet werden.

*

Ueber Grußer, der während des Krieges Artillerieoffizier war und gern sein Eisernes Kreuz zur Schau trug, berichtet das 8-Uhr-Abendblatt noch, daß sein Bankhaus eine wenig rühmliche Vergangenheit hinter sich hat. Grußer hat schon früher nach Begehung verschiedener Straftaten allerhand wilde Bankfirmen gegründet, die nach kurzer Zeit verkrachten zum Leidwesen der Gläubiger. Seine letzte Gründung vor dem Kriege nannte sich Jackson, Mendlorich u. Co. Ein paar Tage vor Kriegsausbruch floh Grußer unter **Mitnahme der ganzen Kasse nach Holland.**

Die Verwirrung über Grußers Namen scheint übrigens von diesem absichtlich herbeigeführt worden zu sein. **Er schrieb sich bald Grußer, Grüßer, bald Gruißer.**

*

Prinz Friedrich Leopold als Schieber

Im Anschluß an die Hohenzollernschen Schiebungen durch Grußer berichtet die S. K. folgende weitere Schiebung eines Hohenzollernsprossen:

Vor einem Jahre hat das preußische Finanzministerium in einem durch die Tatsachen nicht gerechtfertigten Vertrauen auf die Anständigkeit der Gegenseite dem Prinzen Friedrich Leopold erlaubt, eine große Menge Mobilien, Haushaltungsgegenstände, Tafelsilber, Porzellan usw., soweit es zur Einrichtung seines neuen damals in Lugano errichteten Wohnsitzes nötig war, auf die Dauer von sechs Monaten nach der Schweiz auszuführen. Prinz Friedrich Leopold hatte die Verpflichtung übernommen, nach Ablauf dieser Frist die gesamten Gegenstände nach Deutschland zurückzubringen. Natürlich ist auch nicht ein Stück zurückgekommen, das ganze Mobiliar befindet sich noch heute in Lugano. Statt dessen hat der Prinz durch einen Berliner Spediteur zwei weitere Möbelwagen mit wertvollem Inventar ohne Wissen der Regierung aus Glienicke fortschaffen lassen. Ob sie über die Grenze geschoben worden oder wohin sie sonst gekommen sind, ist unbekannt. Endlich hat im Sommer v. J. im Auftrage der Prinzessin Friedrich Leopold eine Dame ihrer Umgebung heimlich erhebliche Bestände der Silberkammer aus Glienicke nach München gebracht, um sie dem Gewahrsam der preußischen Regierung zu entziehen und sie von dort aus ins Ausland zu schaffen. Da der Versuch ziemlich ungeschickt angestellt wurde, sind die Wertgegenstände in München von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Im Anschluß an diese Mitteilungen fragte die genannte Korrespondenz: Sind die Regierungen des Reiches und Preußens über diese Vermögensschiebung des Prinzen Friedrich Leopold unterrichtet? Und was gedenken sie gegen den vaterlandsliebenden Hohenzollern zu tun, der noch als Mitglied des depossedierten Fürstenhauses ein so rühmliches Beispiel für alle Kapitalschieber gibt?

Polens Furcht vor Rußland

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 19. November. In Warschau blickt man mit großer Besorgnis nach dem Krimkriegsschauplatz und macht sich allerhand Gedanken über die Aktion, die die nun frei gewordene Rote Armee unternehmen wird. Joffe versicherte allerdings dortigen Presseleuten, daß Moskau gewillt sei, den Rigaer Friedensvertrag zu halten und auch in hiesigen politischen Kreisen neigt man vielfach zu der Ansicht, daß Moskau viel zu sehr die Anerkennung der Sowjetregierung und die Anknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen Mittel- und Westeuropa anstrebt, als daß es einen abermaligen Feldzug gegen Polen versuchen könnte.

Nach von gutunterrichteter Seite stammenden Nachrichten über Neuaufstellung und Verschiebung der Sowjettruppen freilich läßt Kamenew, der Leiter der Krimfront, von seinen dort konzentriert gewesenen 30 Divisionen nur noch 11 an Ort und Stelle. Von den übrigen 19 sind zwei westwärts abmarschiert, wo sie sich in der Gegend von Proskurow mit dort gegen Petljura kämpfenden Truppen vereinigt haben.

Die Roten Truppen stehen nunmehr unmittelbar vor der polnischen Zbrucz-Linie. Noch bedeutsamer sind Ansammlungen der Sowjetarmee an der sogenannten russischen Nordwestfront. Im Knotenpunkt Smolensk sind gegenwärtig bereits rund 8, zwischen Witebsk und Orscha 4 und zwischen Rohtschow und Mohilew 3 Divisionen aufgestellt, im ganzen also 15 Divisionen, die noch weiter verstärkt werden. Von der südlichen Zbrucz-Linie bis Witebsk stehen, gering gerechnet, 30 Divisionen der Roten Armee nicht allzuweit von der polnischen Grenze.

Zusammenstöße in Franzensbad

Leipzig, 19. November. Nach einer Meldung der Leipziger Neuesten Nachrichten kam es auch in Franzensbad zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und tschechischen Legionären.

d'Annunzio protestiert

Nach Blättermeldungen aus Belgrad wird die jugoslawische Regierung an die italienische Regierung eine Note richten, in der sie verlangt, daß jede Aktion d'Annunzios unmöglich gemacht und d'Annunzio aus Fiume entfernt werde.

*

Fiume, 19. November. Die italienische Regentschaft des Quarnero d'Annunzio erklärt, daß sie den in Rapallo zusammengetretenen Delegierten nicht das Recht zuerkennt, über das Gebiet und die Grenzen der Regentschaft des Quarnero ohne Beteiligung der Delegierten dieser Regentschaft zu entscheiden. Die Regentschaft betrachtet die getroffenen Entscheidungen als unannehmbar und unausführbar. Die italienische Regentschaft des Quarnero sei gegründet worden, um die Angliederung Fiumes an Italien herbeizuführen. Das Volk von Fiume sei heute mehr denn je entschlossen, sein gutes Recht zu verteidigen und den Kampf so lange fortzusetzen, bis der Beschluß vom Oktober 1918 allgemein anerkannt sei.

Englisch-russischer Handelsvertrag

Eigene Drahtmeldung

London, 19. November. Ministerpräsident Lloyd George teilte im Unterhaus mit, das Kabinett habe beschlossen, den Handelsvertrag mit Rußland zur Durchführung zu bringen. **Er hoffe, daß der Entwurf innerhalb weniger Wochen fertig sein werde und der russischen Regierung mitgeteilt werden könne.**

Proteststreik in Tirol

Innsbruck, 18. November. Wie verlautet, beabsichtigt die sozialdemokratische Arbeiterschaft als Protest gegen die Ausrüstung der Tiroler Heimatwehren und um die Abhaltung des Landesschießens der Heimatwehren zu verhindern, von heute 12 Uhr nachts an den Verkehr auf allen Bahnstrecken stillzulegen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201119/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bergarbeiter und Kohlensozialisierung

Ein offener Brief an den Reichskanzler

Der Gesamtvorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands richtet an den Reichskanzler Fehrenbach das folgende offene Schreiben:

Bochum, 15. November 1920.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Als uns im Juli d. J. das Kohlendiktat von Spa auferlegt wurde, hat sich die Reichsregierung insbesondere an die Bergarbeiter mit der Bitte gewandt, die Ablieferung der zwei Millionen Tonnen Kohlen monatlich nach Kräften durch Ueberzeitarbeit zu ermöglichen. Die Reichsregierung ließ damals verlautbaren, daß sie baldmöglichst einen Gesetzentwurf, betr. die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, verabschieden werde und dieserhalb die Sozialisierungskommission um die tunlichst rasche Ausarbeitung ihrer Vorschläge ersucht habe. Unter dem frischen Eindruck des Diktats von Spa faßte auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat einen der Sozialisierung des Bergbaues nicht ungünstigen Beschluß.

Bereit von dem guten Willen, bei der Erfüllung der in Spa von der Reichsregierung übernommenen Verpflichtungen nach Kräften mitzuhelfen, ferner um darüber hinaus eine Minderung der großen Kohlennot im Inlande herbeizuführen, entschlossen sich die Grubenarbeiter zum weiteren Verfahren von Ueberstunden und -schichten. Die schweren sozialen Bedenken gegen diese Arbeitszeitverlängerung sind gewiß nicht von der Hand zu weisen. Trotzdem erklärten sich aber die Grubenarbeiter zu dem Ueberschichtenabkommen bereit im Hinblick auf das erneute Regierungsversprechen, die sowohl im Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 wie auch in der Reichsverfassung vorgesehene Sozialisierung des Kohlenbergbaues in Angriff zu nehmen.

Seitdem sind wieder über drei Monate hingegangen. Die Sozialisierungskommission hat ihre Vorschläge längst veröffentlicht. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat und der Reichskohlenrat haben jene Sozialisierungsvorschläge diskutiert. Es wurde dann eine Unterkommission eingesetzt. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit in Essen tagend, hat diese Kommission Vorschläge der Kommissionsmitglieder Stinnes, Silverberg und Voegler akzeptiert. Diese Vorschläge können wir nach all dem Vorhergegangenen nur als einen wohlüberlegten Durchkreuzungsversuch der Sozialisierung bezeichnen. Wer die Anschauungen der Bergarbeitermassen und ihre wirtschaftliche Lage kennt, wird den Vorschlag, durch Ausgabe von „Kleinaktien" den Empfindungen und Forderungen der Arbeiterklasse gerecht zu werden, als eine Verhöhnung der Arbeiterforderungen bezeichnen. Das weitere Ansinnen, die Kohle nicht in das Gemeineigentum zu überführen, sondern den schon bestehenden oder in rascher Bildung begriffenen „gemischten" privatkapitalistischen Werkskonzernen oder -trusts noch größere als bereits jetzt existierende Vorzugsrechte in der Kohlenbelieferung zu sichern, empfinden wir als eine direkte Verspottung des Gedankens der Sozialisierung. Die begreifliche Beunruhigung, die durch diese Sabotage und Verhöhnung der Bergarbeiterforderung in die Bergarbeiterschaft getragen ist, kommt schon in zahlreichen protestierenden Zuschriften und andern Protesten zum Ausdruck. Durch das lange Ausbleiben der regierungsseitig versprochenen Gesetzesvorlage über die Sozialisierung sind die Bergarbeiter ohnehin stark beunruhigt. Sie fühlen sich durch das bisherige Resultat der Beratungen im Reichswirtschaftsrat in ihren Erwartungen mit Recht betrogen.

Es sei daran erinnert, daß die Bergarbeiter gewerkschaften aller Richtungen sich in Revierkonferenzen und auf den Generalversammlungen ihrer Organisationen einmütig für die Sozialisierung des Bergbaues entschieden haben. Wir weisen ferner auf den einmütigen Beschluß des Genfer Internationalen Bergarbeiterkongresses für die Bergbausozialisierung hin, die, so heißt es auch in dem Beschluß, wenn nötig, durch den Generalstreik der Bergleute erreicht werden müsse. Diesem Beschluß haben sämtliche in Genf vertretenen deutschen Bergarbeiterverbände rückhaltlos zugestimmt. Der Gedanke, in der Begünstigung privatkapitalistischer Werkskonzerne und -trusts und in der Ausgabe von „Kleinaktien" an Arbeiter und Angestellte eine „Sozialisierung" zu erblicken, konnte den Delegierten aus Deutschland in Genf um so weniger kommen, als dort durch den Sprecher der deutschen Delegation, den Abgeordneten Imbusch, ausdrücklich erklärt worden ist:

„Das Bergwerkseigentum muß unsres Erachtens im Interesse des Volksganzen verwaltet und ausgenutzt werden. Nicht das private Gewinnstreben des einzelnen, sondern das Wohl der Gesamtheit muß entscheidend sein. In stets zunehmendem Maße wird bei uns der Gedanke vertreten, der private Gewinn, das arbeitslose Einkommen müsse unbedingt ausgeschaltet werden, und besonders bei der Kohle wird dieser Standpunkt mit aller Schärfe vertreten. Der privatkapitalistische Gewinn muß ein für allemal aufhören."

Diese Erklärung läßt zweifellos keinen Raum für eine Befestigung der privatkapitalistischen Bergbauwirtschaft, wie sie im Plane der Herren Stinnes und Genossen liegt. Selbst die anfänglich auch von einigen Arbeitnehmern und Verbrauchervertretern im Glauben auf eine günstigere Zukunft gehegte Auffassung, die Verwirklichung des Planes der Herren Stinnes und Genossen bereite ein Uebergangsstadium zur wirklichen Sozialisierung vor, trifft nicht zu. Die Pläne der Herren Stinnes und Genossen, wie überhaupt alle Projekte, die in irgendeiner Kapitalsbeteiligung der einzelnen Arbeiter und Angestellten oder in privatkapitalistisch aufgebauten Arbeitsgesellschaften im Kohlenbergbau eine „Lösung" der Sozialisierungsfrage erblicken, laufen bewußt oder unbewußt auf die Befestigung der privatkapitalistischen Profitwirtschaft hinaus. Dies geschieht durch die Aufpeitschung der persönlichen Profitsucht.

Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, ohne die Befriedigung der persönlichen Profitsucht fehle es dem Wirtschaftsleben an der „nötigen Antriebskraft", dann ist das allerdings die glatte Ablehnung jeder Sozialisierung. Das bedeutet dann auch die Aufforderung an den Egoismus, sich gegenüber dem Gemeinwesen möglichst wenige, am besten gar keine Schranken aufzuerlegen.

Nach den Erfahrungen des verflossenen Jahres sind sich wohl alle Kreise darüber klar geworden, daß die einflußreichsten großkapitalistischen Führer den rücksichtslosesten Widerstand gegen die Sozialisierung des Bergbaues leisten. Dieser Widerstand wird auch von Mitgliedern des Reichsministeriums aus prinzipieller Feindschaft gegen den Sozialismus unterstützt, wo es nur eben möglich ist. Seit Monaten sehen wir statt der Erfüllung des Regierungsversprechens der Sozialisierung eine sich immer mehr ausbreitende, durch gewaltige kapitalistische Mittel gespeiste, auch mit verleumderischen Beschimpfungen der Sozialisierungsfreunde durchsetzte Agitation gegen jedwede Sozialisierung. Wir sehen weiter eine Verschleppungsarbeit in immer neuen und ergänzten sogenannten „Verständigungskommissionen". Anderseits aber sehen wir, daß die Bergarbeiterschaft dem notleidenden Gemeinwesen unter Aufopferung aller ihrer Kräfte Ueberarbeit leistet. Soll dies weiter geschehen, muß auch der berechtigten Forderung auf Sozialisierung des Bergbaues entgegengekommen werden.

Es ist nun die höchste Zeit, daß volle Klarheit zunächst über die Absicht der Reichsregierung geschaffen wird. Will sie gemäß ihrem gegebenen Versprechen dem Reichstag die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorschlagen oder nicht? Wenn ja, wann gedenkt die Reichsregierung diesen Gesetzentwurf dem Reichsparlament zu unterbreiten?

An Sie, geehrter Herr Reichskanzler, wenden wir uns mit der Bitte, uns jetzt klaren Wein über die Stellung des Reichsministeriums zur Bergbausozialisierung einzuschenken. Die Bergarbeiter müssen wissen, was sie wenigstens von der Reichsregierung zu erwarten haben. Die Haltung des Reichstages zu der von uns geforderten Sozialisierung des Bergbaues ist eine Sache für sich, mit der man sich zur gegebenen Zeit zu beschäftigen haben wird. Je länger die Ungewißheit dauert, um so schwieriger werden die Folgen sein.

In der Erwartung baldigster Antwort zeichnet mit bergmännischem Glückauf!

Der Gesamtvorstand
des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.
Hufemann. Waldbecker. Bittner. Wißmann. Schmidt. Junges blut. Fischer. Klare. Kleine. Boden. Hofmeyer. Lübbe. Neumann. Lachnitt. Bloch. Ständeke. Heiland.

Die Völkerbundsversammlung

Im Laufe des Mittwochnachmittag konstituierten sich die sechs Kommissionen der Völkerbundsversammlung. Kommission 1, die sich mit den allgemeinen organisatorischen Fragen des Völkerbundes zu befassen hat, bestellte zum Präsidenten Balfour (England), zum Vizepräsidenten Koo (China); Kommission 2 (technische Organisation) zum Präsidenten Tittoni (Italien), zum Vizepräsidenten Tonescu (Rumänien); Kommission 3 (internationale Gerichtsbarkeit) zum Präsidenten Bourgeois (Frankreich), zum Vizepräsidenten Costa (Portugal); Kommission 4 (Haushalt- und Finanzfragen) zum Präsidenten Guinones de Leon (Spanien), zum Vizepräsidenten Restrego (Kolumbien); Kommission 5 (Aufnahme weiterer Staaten) zum Präsidenten Huneeus (Chile), zum Vizepräsidenten Blanco (Uruguay); Kommission 6 (Abrüstung und Mandate) zum Präsidenten Branting (Schweden), zum Vizepräsidenten Aguero (Kuba).

Der Gazette de Lausanne wird aus Paris geschrieben, daß man in Frankreich über die starke Vertretung Englands in Genf beunruhigt sei, das mit den Dominions 18 Vertreter und sechs Stimmen habe, während Frankreich sich mit drei Vertretern, also laut Satzung mit einer Stimme begnügen müsse. Es sei komisch, daß Indien und Neuseeland z. B. doppelt so schwer ins Gewicht fielen wie Frankreich. England habe den Völkerbund zu seiner Sache gemacht.

In Danzig ist gestern von den Danziger Delegierten in Genf folgendes Telegramm eingegangen: Mittwoch abend hat der Rat des Völkerbundes die Verfassung genehmigt unter der Bedingung der Abänderung in acht Nebenpunkten. Außerdem muß die Verfassung die Bestimmung enthalten, daß die Freie Stadt Danzig nicht als militärische oder Marinebasis dienen darf und keine Befestigungswerke errichtet werden. Polen ist ermächtigt, daß Polen gegebenenfalls vom Völkerbunde den Auftrag erhält, die Verteidigung der Freien Stadt zu sichern. Die ständige Militärkommission ist beauftragt, Maßnahmen zu treffen, um Danzigs Verteidigung möglichst wirksam zu sichern.

Die sächsische Sackgasse

Noch immer läßt sich nicht erkennen, wie wir in Sachsen aus den politischen Schwierigkeiten herauskommen sollen, die uns der Ausfall der sächsischen Wahlen gebracht hat. Die Zersplitterungsarbeit der Linksradikalen, die dazu geführt hat, daß ein großer Teil der Arbeiter bei den Wahlen zu Hause geblieben ist, rächt sich jetzt nur zu sehr. Der besonders vom Dresdner Anzeiger befürwortete Vorschlag, es solle eine Regierungskoalition aus der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und S. P. D. gebildet werden, stößt in der sächsischen Parteipresse auf den schärfsten Widerspruch.

Die Chemnitzer Volksstimme schreibt unter anderm:

Eine noch rechts erweiterte Koalition, ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei, eine mit ihren Bevollmächtigten gemeinsame Regierung ist für die Sozialdemokratie ausgeschlossen. Kein Gedanke daran, kein Wort davon kann überhaupt erdacht oder gesprochen werden. Feuer und Wasser lassen sich nicht vereinigen. Gewissen und Weltanschauung stehen zwischen uns. Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei sind unvereinbar. Wir machen den Ruck nach rechts in keiner Weise mit und lehnen die Sozialdemokratie jede Gemeinschaft mit den Rechtsparteien als undiskutabel ab. Es ist überflüssig, wenn wir uns zur Bekräftigung dieser Selbstverständlichkeit auf die klare Entschließung unsres Kasseler Parteitages berufen, der ebenso jede Verquickung mit Rechtsparteien in einer Regierung von vornherein abgelehnt hat.

Und das Sächsische Volksblatt in Zwickau führt aus:

Wir können gerade in dem industriellen Sachsen keinesfalls daran denken, die notwendige klare Klassenkampfstellung dadurch zu verwischen, daß wir (die Partei der Arbeiter) mit der Stinnespartei (der Partei der Kapitalisten) in eine Regierung eintreten. Das wäre im gewissen Sinne Verzicht auf den Sozialismus und Stärkung der Feinde der Arbeiterfeinde. Den Kelt dürfen wir um tatsächlich nur scheinbarer Vorteile willen nicht in die Arbeiterschaft treiben und es wäre mehr als leichtfertig, wenn wir um ein Linksregierchen den endlich begonnenen Gesundungsprozeß innerhalb der Arbeiterschaft unterbinden und wiederum Wasser auf die Mühlen der Wortradikalen leiten würden.

Die Unabhängige Volkszeitung schreibt zu den Ausführungen unsres Blattes vom Dienstag über die Frage der Regierungsbildung:

Der Sinn dieses mit Grazie aufgeführten Eiertanzes ist also der, daß grundsätzlich die Rechtssozialisten in Dresden mit den Stinnesleuten der D. Vp., der Partei der Kommerzienräte, wie dieses Gebilde jetzt sogar die Leipziger Neuesten Nachrichten nennen, bereit wären, die Regierungsgewalt zu teilen. Die Angelegenheit wäre höchstens noch „erörterungswert", keineswegs aber für die S. P. D. prinzipiell unmöglich. So das Urteil des Dresdner rechtssozialistischen Blattes.

Die Unabhängige Volkszeitung hat zu allerletzt ein Recht, über unsre Ausführungen zur Frage der Regierungsbildung zu höhnen. Ist es doch die Schuld der U.-S.-Leute, wenn überhaupt der Gedanke eines Zusammengehens zwischen S. P. D. und der Deutschen Volkspartei auftauchen konnte. Wären die Unabhängigen bereit, sich an einer Linksregierung, die bei den im Landtag gegebenen Mehrheitsverhältnissen allerdings auch die Demokraten mit umfassen müßte, zu beteiligen, so würde es niemand in der S. P. D. geben, für den der Gedanke einer Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei auch nur diskutabel wäre. Im übrigen glauben wir, daß von der Arbeiterschaft ein Zusammengehen unsrer Partei mit der Deutschen Volkspartei allgemein abgelehnt werden würde und daß deshalb eine derartige Kombination nicht in Betracht kommt.

Der Nationalitätenkampf in Böhmen

In der tschecho-slowakischen Republik ist der Gewaltkampf der Nationalisten wieder einmal in vollem Gange, er wird möglicherweise zu ernsten inneren Erschütterungen führen, sicher aber eine neue Vergiftung auf beiden Seiten zurücklassen. In Eger hat eine Herausforderung durch die tschechischen Legionäre, die gegen den Befehl der Regierung ein Kaiser-Joseph-Denkmal eigenmächtig abtrugen, zu scheußlichen Exzessen des deutschen Pöbels geführt, die jetzt durch womöglich noch scheußlichere Exzesse des tschechischen Pöbels in Prag überboten worden sind. Die Regierung kann um so weniger der Sympathie mit den Exzedenten bezichtigt werden, als sie selbst infolge der letzten Ereignisse den Boden unter ihren Füßen schwanken fühlt. Ihr selbstverständliches Bestreben ist, die Ruhe und Ordnung im Lande wiederherzustellen und jenes friedliche Zusammenleben der beiden Völker zu ermöglichen, das für eine gedeihliche Entwicklung der Republik unerläßliche Voraussetzung ist. Daß sie von den deutschen Krawallmachern der Hinneigung zum tschechischen Mob, vom tschechischen Mob der Schwäche gegenüber den deutschen Krawallmachern geziehen wird, kann bei der Schwierigkeit ihrer Lage nicht ausbleiben.

Das deutsche Volk muß es natürlich sehr bedauern, wenn unschuldige Deutsche in Prag zu Prügelknaben für die Leidenschaften gemacht werden, die von ihren Stammesgenossen in Eger gegen sie entfesselt worden sind. Könnte man dem Nationalismus mit Vernunft beikommen, so müßten gerade die letzten Vorkommnisse heilsam wirken, zeigen sie doch, daß der Appell an die Gewalt keinem der beiden Völker etwas nutzt und auf beiden Seiten unnütze Opfer fordert. Die Deutschen in Deutschböhmen werden immer stark genug bleiben, Tschechen zu verprügeln, und die Tschechen in Innerböhmen werden mit den Deutschen ein leichtes Spiel haben. Leider aber ist eben der Nationalismus die Negation jeder Logik, und so muß man fürchten, daß die Dinge immer weiter treiben werden, wenn die Vernunft nicht bei der Arbeiterschaft eine starke Stütze findet.

Die tschecho-slowakische Republik in ihrer heutigen Gestalt ist nun einmal eine realpolitische Tatsache, eine deutsche Politik, die auf ihre Zertrümmerung in kürzester Zeit spekulierte, wäre ebenso unsinnig wie eine tschechische Politik, die auf eine völlige Unterdrückung des Deutschtums hinarbeitete. Wenn sich die beiden Völker nicht miteinander vertragen können, werden sie beide darunter leiden. Mit ihnen leiden wird aber auch das Deutsche Reich, das der tschecho-slowakischen Republik an der bayerischen, sächsischen und schlesischen Grenze benachbart und daher an ihrer gesunden Entwicklung und an guten Beziehungen zu ihr in hohem Maße interessiert ist.

Es kann daher nicht die Aufgabe der reichsdeutschen Presse oder irgendeiner reichsdeutschen Richtung sein, die Feuer in der Tschecho-Slowakei noch heller aufzublasen. Das einzige, was wir von hier aus tun können, ist, an die vernünftigen und gerecht denkenden Elemente beider Volksstämme zu appellieren, das heißt vor allem an die sozialistische Arbeiterschaft. Ein möglichst enges Zusammenwirken der deutschen und der tschechischen Sozialdemokraten zur Bekämpfung des Pöbelnationalismus würde nirgends lebhafter begrüßt werden als in Deutschland.

Aus Prag wird über die Vorgänge am Mittwoch noch berichtet:

Die Ausschreitungen gegen die Deutschen dauerten bis in die späten Nachtstunden. Unter anderm wurde im Klub der deutschen Künstlerinnen die Einrichtung zerstört. Außer bei einer Reihe jüdischer Geschäftsleute drangen die Demonstranten auch in den Tempel ein und zerstörten zahlreiche heilige Geräte. In den Prager Weinbergen drang die Menge in den Tempel und zerriß die Bücher und Schriften; der Rabbiner wurde insultiert. Das Deutschsprechen wird auf der Straße immer gefährlicher. Die deutschen Zeitungen können bis auf weiteres nicht erscheinen. Alle Schulen mußten bis Freitag geschlossen werden. Bei Zusammenstößen vor dem Parlament wurden die Polizisten mit Steinen beworfen. Ein Polizeiinspektor sank tot vom Pferde, wodurch das Gerücht entstand, daß er erschossen worden sei; durch die Steinwürfe wurden zahlreiche Polizisten verletzt.

Die Deutschenexzesse haben sich auch auf Pilsen ausgedehnt, wo die Demonstranten in das Deutsche Haus eindrangen und daselbst die wertvolle Bibliothek vernichteten. Die Demonstranten gegen darauf vor die Redaktion des Pilsener Tageblattes, drangen in die Druckerei ein und verpflichteten den Direktor dieser Zeitung, daß das Blatt sieben Tage nicht erscheinen dürfe. Aus der Druckmaschine wurde ein Bestandteil entfernt, um das Drucken des Blattes zu verhindern. Hierauf zog die Menge zum jüdischen Tempel, wo alle wertvollen Leuchter zerstört wurden. Eine Reihe von Geschäftsläden deutscher Kaufleute wurde aufgesprengt. Auch in Brünn fanden deutschfeindliche Demonstrationen statt. Etwa hundert tschechische Studenten drangen in die deutsche Technik ein, wurde daraus aber bald wieder von der Polizei vertrieben. Die Redaktion des Tagesboten für Mähren und Schlesien mußte sich verpflichten, in der heutigen Nummer keine „aufreizenden Artikel" zu bringen. Nur unter dieser Voraussetzung wurde dem Blatte das Wiedererscheinen gestattet.

Der von der Prager Regierung zur Untersuchung nach Eger gesandte Oberst berichtet, daß ein Infanterieregiment auf dem Rückweg von einer Uebung beschimpft und angegriffen worden, jedoch in die Kaserne marschiert sei. In der Nacht darauf versuchte dann einige Abteilungen Soldaten durch einen Nebenausgang zu Kaserne und stürzten das Joseph-Denkmal um. am Tage darauf hatte jedoch das Militär seinen Vorgesetzten vollkommen gehorcht. Dies zur Entstehungsgeschichte!

Blutige Ausschreitungen in Asch

Prag, 19. November. Zu blutigen Ausschreitungen und Zusammenstößen kam es in der Nacht auf den 18. November in Asch zwischen Legionären und Zivilisten. Es wurden drei Personen getötet und 15 verwundet. Die Ursache zu diesen Ausschreitungen war die Beseitigung des Denkmals Josephs II., das die Legionäre gestürzt haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201119/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Kartoffelnot

Deutscher Reichstag

Sitzung. Donnerstag den 18. November 1920, nachmittags 3 Uhr.

Am Regierungstisch Heinze, Koch, Scholz, v. Raumer, Hermes, Wirth.

Präsident Löbe teilt mit, daß der Abg. Thabor (Soz.) Wahlkreis auf Grund des Urteils des Wahlprüfungsgerichts aus dem Reichstage ausgeschieden ist. Anträge auf Erteilung der Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen die Abg. Dr. Breitscheid (U. Soz.), Dr. Heim (Bayer. Volkspartei) und Merkel (U. Soz.) werden dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. — Auf der Tagesordnung steht zunächst die sozialdemokratische Interpellation betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die

Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Reichswirtschaftsminister Scholz erklärt, daß die Regierung zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit ist. Präsident Löbe will die Interpellation auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen. — Die Interpellation der Deutschen Volkspartei über die gegenwärtige Wirtschaftskrise soll in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Der Reichstag tritt dann in die Besprechung der deutschnationalen Interpellation über die

Kartoffellieferungsverträge

ein, die schon begründet und beantwortet worden ist.

Abg. **Feldmann** (Soz.): Von einer Hetze gegen die Landwirte kann keine Rede sein. Die Landwirte müssen schreien und immer wieder schreien. Dabei haben die Appelle an die Landwirtschaft, alles zu tun, um die Städte zu versorgen, bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft wenig Widerhall gefunden. Die Landwirte haben alle Kartoffeln aufgespart und bieten nun die gesamten Vorräte auf einmal den Städten an. Die Behauptung, daß der freie Handel die Kartoffeln verbilligen würde, hat sich als ein Irrtum erwiesen. Bei einem so guten Durchschnittsertrag, wie in diesem Jahre könnte man wirklich billigere Preise verlangen. Verlangen müssen wir auch eine ehrliche Lieferung von wirklichen Speisekartoffeln, nicht ein Durcheinander aller möglichen Qualitäten, wie sie aus dem Boden kommen. Wenn die Städte einmal von ihrem Ablehnungsrecht Gebrauch machen, steht sofort der wilde Händler bereit, zu Wucherpreisen alles anzukaufen. Wie soll der Arbeiter Wohlwollen gegen die Landwirte hegen, wenn er sieht, daß man Kartoffeln absichtlich erfrieren läßt? Wir haben gehört, daß die Kartoffeln in Verkehr geraten sind. Aber es kommt darauf an, in welche Kanäle die Bewegung fließt. In Hannover hat man Kartoffeln nur als Saatkartoffeln verkauft. Berlin hat minderwertiges Zeug bekommen. Die Landwirte in Pommern wollten an Berlin nicht mehr liefern, weil Berlin auf das Recht der Ablehnung minderwertiger Ware nicht verzichten wollte. Schließlich war Berlin gezwungen, den Landwirten über die Verträge hinaus entgegenzukommen, sonst hätte es gar keine Kartoffeln bekommen. Die wiederholten Zusagen der landwirtschaftlichen Organisationen in den Verhandlungen mit den Reichsbehörden sind in bezug auf Berlin überhaupt nicht gehalten worden. Der wilde Handel hat überall die Hauptgeschäfte gemacht, der reguläre Handel ist beinahe verdrängt. Die Landwirtschaft hat zu allem andern vielfach noch Schnelligkeitsprämien verlangt. Aus dem besetzten Gebiet sind umfangreiche Verschiebungen nach Frankreich vorgekommen. Vielfach liegt den Landwirten mehr daran, an Brennereien und Fabriken zu verkaufen oder ihre Kartoffeln den Schweinen zu verfüttern, als an der Ablieferung. Herr Gröner hat an einer Stelle einmal gesagt, der Wucher werde nicht eher aufhören, bis einige Wucherer auf dem Potsdamer Platz aufgehängt seien. Wir verlangen von der Regierung, daß mit dem scharfen Vorgehen gegen den Wucher auch auf diesem Gebiet gründlich Ernst gemacht wird. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Doberich** (D. Vp.): Die Landwirtschaft ist nicht in erster Linie schuld an den traurigen Versorgungsverhältnissen. (Sehr wahr! bei der D. Vp.) Die landwirtschaftlichen Organisationen haben große Verdienste um die Versorgung und die Senkung der Preise. Der wichtigste Faktor in der Kartoffelfrage ist wohl die Beschaffenheit des Bodens. Schlimm ist es, daß uns vor drei Jahre die Saatkartoffeln abgenommen worden sind. Die Anbauflächen wären viel größer wenn die Zwangswirtschaft nicht gewesen wäre. Zur Zeit der Ernte wurden den Landwirten Schwierigkeiten mit der Abnahme der Kartoffeln bereitet (Sehr richtig!) weil man hoffte, dadurch eine Preisherabsetzung zu bewirken. Weil die Abnahme nicht zeitgerecht erfolgte, mußten die Kartoffeln aufbewahrt werden, wie sie es nicht vertrugen. Sie faulten, und die, die dann zur Ablieferung kamen, hatten den Krankheitskeim in sich. Daraus ergibt sich die Tatsache, daß die Kartoffeln heute so schlecht zur Ablieferung kommen. Redner wendet sich dann gegen die Mittel, die gegen die Landwirte angewendet werden, und gegen den Wirrwarr von Verordnungen in den einzelnen Ländern. Wir haben ein Empfinden demgegenüber, was notwendig ist, wir verlangen aber auch ein Verständnis für unsre Lage.

Abg. **Blum** (Zentr.): In der Ernährungsfrage darf es keine Klassen- oder Parteipolitik geben, da gilt es nur die Not der Allgemeinheit zu lindern. Die Frage Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft ist unstreitig für die Parole Hermes': „freie Wirtschaft" entschieden. Allerdings darf man nicht eine plötzliche durchgreifende Besserung erwarten, dazu bedarf es einige Zeit, ebenso wie auch die Reichskartoffelstelle nur allmählich aufgelöst werden kann. Redner kommt dann auf die Transportverhältnisse zu sprechen, denen er einen wesentlichen Schuldteil an der ungenügenden Versorgung zuspricht. Gegen die umfangreichen

Verschiebungen von Kartoffeln

muß nachdrücklich eingeschritten werden. Ein Einheitspreis für das ganze Reich ist bei den verschiedenen Bodenverhältnissen unmöglich. Wir verlangen vor allem von der Regierung Gestellung von Wagen, strenge Kontrolle der Brennereien, Einfuhr von Futter- und Düngemitteln und die Errichtung eines Kartoffelrats aus Produzenten und Verbrauchern, der die dringendsten Nöte abstellt.

Abg. **Herz** (U. Soz. rechts): Die beiden Vorredner haben die Frage nur unter dem engen Gesichtspunkt des Produzenten betrachtet. Die Politik der Mehrheit in den Ernährungsfragen wirkt an sich aufreizend, es ist eine Politik der Preissteigerung und der Teuerung. Die Klagen über mangelnde Wagengestellung sind übertrieben. Die Stockung des Verkehrs ist eine Folge der freien Wirtschaft. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Der freie Handel fragt nicht nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Auch die Eingriffe der Eisenbahner sind für Verkehrsstockungen verantwortlich gemacht worden, aber ihre Kontrolle gegen unerlaubte Ausfuhr ist eine unbedingte Notwendigkeit, denn die Behörden haben darin völlig versagt. Was gedenkt der Reichswirtschaftsminister gegen die neuerdings gemeldeten Kartoffelverschiebungen nach Holland zu tun? Warum verlangt die angeblich uneigennützige Landwirtschaft die ausländische Valutierung? (Zuruf rechts: Das tun die Schieber!)

Die Abgg. Fleischer und Blum haben ausdrücklich von Verschiebungen ostpreußischer Landwirte gesprochen. Die Forderung der Landwirte auf Verpflichtung der Städte zur Abnahme der Kartoffeln beweist, daß sie selbst die Gefahren der freien Wirtschaft erkennen. Nur soll das Risiko von den Kommunen übernommen werden. Aber die Vorsicht der Städte bei der Abnahme war vollauf berechtigt, denn sie mußten sich dem Drängen auf vorzeitige Abnahme entgegenstellen, um Dauerkartoffeln als Notvorrat für den Winter zu behalten.

Anerkannt landwirtschaftliche Autoritäten haben darauf hingewiesen, daß schon ein Zentnerpreis von 15 M. die Produktionskosten decke. (Hört, hört! links.) Der Minister Dr. Hermes ist schuld, daß der Preis heute 30 M. beträgt, obwohl der Volkswirtschaftliche Ausschuß 25 M. angenommen habe. Die gewaltsame Zerschlagung des letzten Restes von Zwangswirtschaft wird von der Landwirtschaft systematisch herbeigeführt, wie die Ablieferungsziffern für Brotgetreide beweisen. Wir haben ein Ministerium für die Landwirtschaft und keines für die Ernährung. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. **Dietrich**, Baden (Dem.): Es war ein großer Fehler der Städte, Lieferungsverträge nicht in größerem Umfange abzuschließen. Die drei schwierigen Fragen der Beschaffung von Saatgut, Düngemitteln und Arbeitskräften müssen unbedingt gelöst werden. Mit Ausnahme der Zwangsbewirtschaftung für Getreide ist jetzt keine Zwangswirtschaft mehr durchführbar, am wenigsten für Kartoffeln. Alle Kreise tragen einen Teil der Schuld für die jetzigen Zustände. Alle Kreise sollten sich daher zusammentun, um im nächsten Jahre das Problem der Versorgung mit Kartoffeln besser zu lösen. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. **Schiele** (Dnat. Vp.): Die Behauptung, daß die Landwirte Kartoffelschiebungen nach dem Auslande vornehmen, ist eine ungeheure Verdächtigung. Ebenso ist es töricht, anzunehmen, daß die Landwirte aus egoistischen Gründen die Kartoffeln zur Schweinemast verwerten. Die Landwirtschaft bringt in diesem Jahre 160 Millionen Tonnen Kartoffeln in den Verkehr gegen 42 Millionen Tonnen im Vorjahre. Das ist um so mehr zu begrüßen, da wir dadurch auf diesem Gebiete davon befreit worden sind, im Auslande Millionenwerte zu bezahlen. Auch die jetzt beliebte Sozialisierung der Kartoffeln durch die Eisenbahner, wobei ganze Eisenbahnzüge spurlos verschwinden, fordert zu den schärfsten Protesten heraus. Zudem werden die Reichsgesetze durch einzelne Landesregierungen sabotiert, z. B. in Hessen und Braunschweig, wo einfach die Zwangswirtschaft wieder eingeführt und die Kartoffelausfuhr verboten worden ist.

Reichsernährungsminister Dr. **Hermes** verteidigt die Regierung gegen den Vorwurf, als ob die Beseitigung des Schleichhandels nur von ihrem guten Willen abhänge. Daß die Zwangswirtschaft unsre Kartoffelwirtschaft nicht aufrechterhalten konnte, haben wir alle erlebt. Es handelt sich jetzt nur um Uebergangserscheinungen. Klagen kommen immer dort her, wo Schmerzen sind. Wer zufrieden ist, erhebt seine Stimme nicht. Warten wir also ab, bis ein endgültiges Urteil möglich wird. Wenn uns die landwirtschaftlichen Kreise weiter nicht im Stich lassen, besteht die Hoffnung, durchzukommen. Die Klagen der Abgeordneten Feldmann und Dr. Herz über mangelnde Organisation beim Transport und Wagenmangel treffen nicht zu (wie Redner an der Hand statistischer Angaben nachweist). Mit Braunschweig sind Verhandlungen wegen Aufhebung der Sperrmaßnahmen eingeleitet, desgleichen mit Hessen. Zur Bekämpfung des Wuchers und der Grenzverschiebungen sind besondere Gesetze in Vorbereitung, die ein rücksichtsloses Einschreiten zum Ziele haben.

Der Landwirtschaft können wir nicht eine Liebesgabe von einer Milliarde für ausländische Düngemittel machen, weil wir dann als Gegenleistung entsprechende Verbilligung der landwirtschaftlichen Produkte verlangen müßten. Dazu ist aber die Landwirtschaft zur Zeit noch nicht in der Lage. Da bleibt nur der Weg, unsre heimische Düngemittelerzeugung zu erhöhen. Das ist die einzige Gewähr für unsern Wiederaufstieg.

Damit schließt die Besprechung. — Nächste Sitzung Freitag nachmittag 1 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Interpellation Hergt über den Berliner Elektrizitätsstreik, Interpellation Müller-Franken, über Kapitalverschiebungen nach dem Auslande, Anfrage Brodmann über Zeitungspostgebühren, und kleinere Vorlagen.

Außenhandel und Außenhandelskontrolle

Der Hauptausschuß des Reichstags beriet Donnerstag den außerordentlichen Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums. Zur Debatte stehen außer dem Antrag der Koalitionsparteien bezüglich der Veränderungen in den Ausfuhrpreisfestsetzungen noch ein Zentrumsantrag, die Bewilligung der Ein- und Ausfuhr nicht von der Zugehörigkeit oder dem Beitritt zu privaten Wirtschaftsverbänden abhängig zu machen, und ein weiterer bürgerlicher Antrag, dahingehend, daß die Abwicklung von Ausfuhrsammelgeschäften und von Ausfuhrgeschäften nach Uebersee nicht durch Sondervorschriften der fachlichen Außenhandelsstellen über Fakturierung in ausländischer Währung beeinträchtigt werde.

Abg. Dr. **Mießer** (D. Vp.) bezweifelt die Notwendigkeit der hohen Zahl der im Reichskommissariat für Ein- und Ausfuhrbewilligung angestellten Beamten, die 600 übersteige. — Abg. Dr. **Herz** (U. Soz. rechts) bemängelt nicht nur die hohe Anzahl der Beamten, sondern auch deren eigenartige Auswahl, die offensichtlich nur den Adel oder frühere Offiziere bevorzugt hat.

Abg. Dr. **Hugo** (D. Vp.): Der Apparat der Außenhandelskontrolle wirkt hemmend und lähmend auf die Durchführung des Geschäfts. Der Etat weist 7 Millionen Mark Löhne und Gehälter auf, wozu ungeheure Summen für die Unterhaltung der Außenhandelsstelle sowie für Hunderte von Preisprüfungsstellen kommen. Die Hauptsache muß sein, Geschäfte zu ermöglichen, aber nicht die Kontrollvorschriften peinlichst durchzuführen. Die Ausfuhrbewilligung darf nicht verweigert werden, wenn der Abschluß auf Grundlage einer älteren Offerte erfolgt ist. Die Ausfuhrabgaben sind für Produkte, die aus Auslandsrohstoffen hergestellt sind und im Ausland konkurrieren sollen, völlig widersinnig. Für das Ueberseegeschäft dürfen auch keine Fakturierungsvorschriften gemacht werden. Die Wahl der Rechnung oder des Gegenwertes für irgendein Geschäft kann unmöglich am grünen Tisch in Berlin bestimmt werden.

Abg. **van den Kerkhoff** (Dnat. Vp.): Die G. m. b. H. zur Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr soll einen monatlichen Umsatz von 150 bis 200 Millionen Mark haben. An das Reich ist noch nichts abgeführt worden. Welches Gehalt bezieht der Reichskommissar für die Ueberwachung? Durch die Etatisierung des Kommissariats besteht die Gefahr, daß dieser Kriegsgesellschaft eine nicht wünschenswerte Stabilisierung gegeben wird.

Minister Dr. **Scholz**: Die Mängel im Apparat der Ein- und Ausfuhrbewilligungen sind nicht zu bestreiten. Eine Vereinfachung der Preisprüfung wird angestrebt. Die G. m. b. H. trägt sehr beträchtliche Gewinne. Die Ueberschüsse sind noch nicht abgeführt, weil die Verrechnung noch nicht geregelt ist. Der Kommissar bezieht gegenwärtig noch gar kein Geld. Die Vereinfachung des Paßwesens ist vom Völkerbund angeregt worden. Eine internationale Regelung ist zu begrüßen.

Abg. Dr. Fleischer (Zentr.): Die privaten Wirtschaftsverbände ermöglichen es zum Teil ausländischem Kapital, die Produktion zu beherrschen und deutsche Fabriken auszuschalten. Regierung und Behörden werden zum ausführenden Organ privater Wirtschaftsgruppen. Der Regierung muß die Möglichkeit gegeben werden, unabhängig vom Willen privater Wirtschaftsorganisationen die Ein- und Ausfuhr zu bewilligen.

Abg. **Hoch** (Soz.): Die Maßnahmen für die Ausfuhr- und Einfuhrkontrolle sind doch gerade zum Schutze der Allgemeinheit getroffen worden und dürfen deshalb wohl verbessert, aber nicht beseitigt werden. Ich verlange eindeutige Klarheit in der Frage der G. m. b. H. für Ein- und Ausfuhr, andrerseits aber auch genügend Bewegungsfreiheit für diese G. m. b. H.

Abg. Dr. **Herz** (U. S. rechts): Die Erteilung der Einfuhrkonzession für Zeitungspapier an den Hartmann-Konzern gefährdet die inländische Papierproduktion. Gewinne aus den Auslandsverkäufen kommen, da sie nicht genügend kontrollierbar sind, nicht dem Reiche zugute. — Die Abgg. Dr. Herz und Simons (U. Soz.) beantragen, daß die Verträge des Reiches mit dem Hartmann-Konzern veröffentlicht werden sollen.

Abg. Schulz, Bromberg (Dnat. Vp.) weist Beschwerden über eine sogenannte adlige Mißwirtschaft in einzelnen Außenhandelsstellen zurück. Das Adelsprädikat dürfe nicht zu einem persönlichen Makel werden. — Demgegenüber stellt Minister Dr. Scholz fest, daß sich unter 600 Angestellten der Zentrale insgesamt 15 Adlige befänden. Hinsichtlich des Hartmann-Konzerns war man bestrebt, den Monopolcharakter durchaus zu vermeiden. Die Preisprüfung wird unter Hinzuziehung von Regierungsvertretern geregelt. Der von Hartmann geforderte Gewinnanteil ist weit geringer als die Forderungen anderer Firmen. Im Frieden ist durch die Vereinbarung eine Senkung der Papierpreise zu erwarten. — Hierauf wird der Antrag über Aufnahme der Bewirtschaftung des Reichskommissariats für Ein- und Ausfuhr in den Ergänzungsetat und der Antrag nach stärkerer Verminderung des Personals dieses Kommissariats vom Hauptausschuß angenommen. — Auch ein demokratischer Antrag, bei den neuerlichen Verhandlungen über ein Kohlenabkommen mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß den dringenden Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft namentlich durch eine andere Regelung der Sortenfrage entsprochen wird, die Deutschland die notwendige Menge hochwertiger Kohle beläßt, wird vom Hauptausschuß angenommen.

Nunmehr wird der gesamte Etat bewilligt mit Ausnahme einer Position von 90 Millionen Mark über Papierholzverbilligungen für die Presse, die Freitag beraten werden soll.

Drohende Beamtenstreiks

Eine erregte Versammlung von etwa 10 000 Beamten und Angestellten des Hamburger Staates forderte in einer Entschließung an die Reichsregierung kategorisch mit Rückwirkung vom 1. Oktober an Erhöhung der Teuerungszulagen auf 75 Proz., Mindestteuerungszulagen von 7000 M., Erhöhung der Kinderzulage um 100 Prozent, gleiche Teuerungszulagen an Pensionäre und Hinterbliebene, sofortige Verbilligung der Lebensmittel usw. Die ganze Beamtenschaft Deutschlands sei gewillt, zu den stärksten Mitteln zu greifen, um diese Forderungen durchzusetzen. Die Kinderzulage soll mindestens 2100 M. betragen. Gegen die Reichsregierung wurden sehr scharfe Reden geführt. Woher das Geld genommen werden sollte, davon war in der Versammlung keine Rede.

Dortmund, 18. November. Die Not der Beamtenschaft im Industriegebiet droht zu einer wirtschaftlichen Katastrophe zu führen. Die Beamtenschaft fordert eine sofortige Erhöhung der Teuerungszulage von 50 auf 75 Prozent. Da bisher noch keine Einigung über diese Erhöhung erzielt werden konnte, beabsichtigt die gesamte Beamtenschaft am Sonnabend oder Sonntag in den Ausstand zu treten, falls nicht bis zu diesem Zeitpunkt eine bindende Zusage seitens des Reichsfinanzministers erfolgt ist. Die Deutsche demokratische Partei hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem sie auf die Notlage der Beamtenschaft hinweist und auf die Gefahren eines Beamtenstreiks im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aufmerksam macht. Unter der Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets herrscht große Beunruhigung, da man beim Einsetzen eines Beamtenstreiks einerseits Putsche, anderseits den Einmarsch der Franzosen befürchtet, weil durch die Stockung des Verkehrs die Erfüllung der Bedingungen des Abkommens von Spa unmöglich gemacht werden würde.

Reichskongreß der Erwerbslosenräte

Berlin, 18. November.

In der Dienstag-Sitzung wurde zunächst folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Kongreß nimmt Kenntnis von dem Elend der Arbeitsinvaliden und erklärt sich bereit, mit denselben Schulter an Schulter für die wirtschaftliche Verbesserung zu kämpfen und insbesondere darauf hinzuwirken, daß die Anrechnung von Rentenbezügen bei Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung fallen gelassen wird."

Darauf werden die Berliner Verhältnisse der Erwerbslosen diskutiert und die Berichte der einzelnen Landvertreter entgegengenommen. Der Vertreter von Danzig teilt mit, daß der dortige Arbeitslosenrat unter Ablehnung des Reichsgesetzes sich selbst ein Arbeitslosenversicherungsgesetz geschaffen habe und es auch durchzubringen wußte. Der Vertreter von Freiburg wünscht, daß die einzelnen Vergünstigungen der Städte, die besonders in Süddeutschland erheblich höher seien als in Norddeutschland, für das ganze Reich durchgeführt würden. Der Vertreter Thüringens teilt mit, daß die Beschränkung der Unterstützung auf nur 26 Wochen für Thüringen nicht bestehe. Der Vertreter von Gotha erklärt, es nütze nichts, immer noch einen Groschen mehr aus der Zentralregierung herauszuschinden. Es komme vielmehr darauf an, die Arbeitslosen politisch zu schulen und sie auch darauf vorzubereiten, daß sie, wenn der Umsturz kommt, vielleicht die erste Zeit noch schwerere Entbehrungen tragen müssen, daß sie dann aber nicht die große Sache hinter kleinlichen persönlichen Sorgen zurückstellen dürfen. Der Vertreter Sachsens gibt an, daß ein Drittel der gesamten Arbeitslosen Deutschlands in Sachsen lebe. Er warnt vor dem sogenannten warmherzigen Entgegenkommen der Gewerkschaften, denen auch die Parteien zu viel Vertrauen schenkten. Als Arbeitsinvalidenvertreter schildert Wolff, Berlin, die schwere Not der Invaliden.

Die inzwischen eingetroffene Delegation, die beim Reichsarbeitsministerium vorstellig geworden war, berichtet durch ihr Mitglied Müller, Neukölln, folgendes: Man hat uns nur platonische Liebeserklärungen gemacht, wir haben kein Interesse an Unterstützungserhöhungen, sondern an der Schaffung von Arbeitsmöglichkeit. Die für Notstandsarbeiten ausgeworfenen 550 Millionen Mark sind bei 4 Millionen Arbeitslosen ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Die Erhöhung der Unterstützung auf den ortsüblichen Tagelohn wird abgelehnt. Mittellandkanalbauten und Siedlungsbauten in Deutschland sind Vertröstungen, mit denen wir schon zu lange hingehalten worden sind.

Frenzel führt aus: Der Mißerfolg der Delegation lasse klar erkennen, daß man nun zur Selbsthilfe schreiten müsse. Interessant sei die Eröffnung, die Herr Leford vom Ministerium ihnen gemacht habe: Man wolle die Unternehmer, denen das Wasser an der Kehle stehe, durch die Gewerkschaften unterstützen, wenn sie sich dagegen verpflichteten, Erwerbslose in die Betriebe einzustellen. Dafür würden Millionenkredite an die Gewerkschaften gewährt werden. Die Gewerkschaften würden so die Kommis der Unternehmer, eine Handels- und Verkaufsabteilung der kapitalistischen Wirtschaft.

Dem Reichsausschuß der Erwerbslosenräte wird ein Aktionsausschuß aus allen Landesteilen beigeordnet, in dem Preußen mit 4, Sachsen und Bayern mit je 2, Württemberg, Thüringen, Baden, Danzig und Hessen-Nassau mit je einer Stimme vertreten sind. Der Kongreß hält eine sofortige Aktion für erfolglos und empfiehlt aber, mit Hilfe der Arbeiter durch die revolutionären Arbeitslosen eine Aktion vorzubereiten, die Aussicht hat, ganz Deutschland zu revolutionieren.

Dresdner Polizeibericht

Mittels Einbruchs wurden in der Nacht zum 5. November ein brauner Herrensattel mit grauem Polsterfutter ohne Steigbügel, eine blaue Sattelbecke mit Stoffüberzug, ein Zaumzeug von braunem Leder mit Stahlkandare und buntem Stirnband sowie ein schwarzer Kutschermantel mit hausgrau-schwarzem Futter und Stoffknöpfen im Gesamtwerte von 2400 M. gestohlen. Der Kriminalposten in Löbtau, Tharandter Straße, bittet um sachdienliche Mitteilungen.

29 Stück hochstämmige Stachelbeersträucher sind einer Person in der Nacht zum 17. November auf der Haltestelle Pieschen abgenommen worden. Die Person will die Stachelbeersträucher an der Eisenbahnunterführung Pieschen–Weinböhla von einem Unbekannten bekommen haben. Offenbar sind die Sträucher gestohlen worden. Geschädigte wollen sich im Kriminalposten Trachau, Roßmäßlerstraße 14, melden.

Diebstähle mittels Einsteigens in Erdgeschoßwohnungen häufen sich in letzter Zeit. Aus einer Erdgeschoßwohnung in der Ludwig-Richter-Straße wurde auf diese Weise eine große Menge Leib- und Bettwäsche, M. D., E. S. und L. S. gezeichnet, sowie ein ansehnlicher Geldbetrag gestohlen. Die Kriminalpolizei, die hierzu um sachdienliche Mitteilungen bittet, warnt alle Besitzer von Erdgeschoßwohnungen, beim Eintreten der Dunkelheit ihre Fenster offen zu halten.

Gips anstatt Mehl sucht ein unbekannter Betrüger hier zu vertreiben. Er sucht seine Opfer hauptsächlich in Restaurationen auf, zeigt ihnen eine Tüte gutes Mehl und bietet ihnen das Pfund mit 5 M. an. Um die Käufer zu täuschen, stellt er seine Ware in einer Bäckerei ein und läßt sie dort von ihnen abholen. Später stellt sich heraus, daß der Inhalt anstatt Mehl Gips ist. Der Unbekannte, vor dem die Polizei warnt, wird wie folgt beschrieben: Etwa 26 Jahre alt, 162 Zentimeter groß, kräftig, mit vollem, rundem Gesicht, bartlos, hellblondem Haar, trug dunkelbraunen Jackettanzug und steifen, schwarzen Hut.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201119/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gemeindevertreter 6. Kreis

Sonntag, 21. November, vorm. 8 Uhr im Dresdner Volkshaus

Konferenz d. Gemeindevertreter

Tagesordnung:

Gemeindesteuern.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter des 6. Kreises werden ersucht, pünktlich und vollzählig in dieser Konferenz zu erscheinen. Etwa vorhandenes Material über neu eingeführte Steuern ist mitzubringen.
Die Kreisleitung.

4. Unterbez., Bez. Kötzschenbroda

Sonnabend den 20. November, abends 8 Uhr in der Kaiserbrauerei

Mitglieder-Versammlung

Das Erscheinen aller Parteigenossen und -genossinnen ist dringend nötig. Die Bezirksleitung.

4. Kreis

Dienstag den 23. Novbr. abends 7 Uhr

Vorstandssitzung

im Jugendheim.

Bezirk Mickten u. Umg.

Heute Freitag abend

Sitzung

im Ratskeller zu Trachau.

SPD. Gruppe Löbtau

Sonntag den 21. November, abends 7 Uhr in der Musenhalle

Lichtbilder-Vortrag

Die Schönheiten d. Sächs.-böhm. Schweiz

Vortragender: Herr Lehrer Fritzsche.

Mockritz-Leubnitz 21. Novbr., Paradiesgarten zwei Lichtbildervorträge, 4 Uhr für Kinder (Dornröschen u. Märchen) 7 Uhr für Erwachsene: Die Lausitz u. das Zittauer Gebirge). Vortr.: Herr Lehrer Al ert, Coschütz. Veranst. vom Turnverein

Sächsischer Künstlerhilfsbund

Abteilung Kunstpflege.

Montag den 22. November 1920, abends 7½ Uhr im Gasthof zum Roß in Radeberg

Bunter Künstler-Abend

Mitwirkende: Susanne Dombois, Solotänzerin a. d. Staatsoper in Dresden, Maria Hölbe, Klaviervirtuosin in Dresden, Hermann Drog, Konzertsänger in Dresden.

Ziehung 22. bis 27. Nov.

Geld-Lotterie Grenzspende

Höchstgew. i. glückl. Falle 75000
Prämie 50000
Hauptgew. 25000
15000 usw.

Lose zu M. 3.—, Postgeld u. Liste M. 1.—, empf. u. versendet

Alexander Hessel Dresden, Weißegasse 1

Postscheckkonto Leipzig 29713.

Qualitätswaren

zu billigen Preisen!

Damenstrümpfe	schwarz, nahtlos, verstärkte Spitze und Ferse . . . . Paar	7.90
Herrensocken	kräftige Qualität . . . . Paar	5.90
Herrensocken	extra stark gestrickt, gute Winterqualität Paar	9.50
Herrenjacken	Trikot, makogelb, mit langem Arm	24.50
Herrenhosen	Trikot, makogelb, gute Qualität . . . 29.50,	24.50
Herrenhemden	weiß Trikot, wundervolle Qualität, 42.50,	39.50
Herrenhemden	Trikot, makogelb, gute Qualität 39.50, 34.50,	29.50
Herrenhosen	kräftige Futterqualität	28.50
Normalhemden	gute Qualitäten . 59.50, 54.40, 49.50,	39.50
Herrenhemden	Kammgarn, plattiert, mit kleinen Fehlern,	69.50
Herrenhosen	Kammgarn, plattiert, mit kleinen Fehlern . .	59.50
Damenschlupfhosen	blau, kräftige Winterqualität .	27.50
Damenschlupfhosen	wundervolle Qualitäten, viele Farben	27.50
Damenstrümpfe	fein gewebt, reine Wolle, wundervolle Qualitäten, schwarz, leder, grau, 38.50, 34.50,	29.50

Wollwarenhaus Saxonia

Dresden-A., Wilsdruffer Str. 46

Spezialhaus für Strumpfwaren, Trikotagen, Wollwaren, Wäsche, Korsetten und Herrenartikel.

Frauen ... altbewährtes ... Versandhaus ... 8 Freiberger Platz 8

Auf Teilzahlung und **gegen bar** Speise-, Schlaf- u. Herrenzimmer, Farbige Küchen, Einzelne Möbel, Kinderwagen, Damenmäntel, Gardinen, Pelzwaren

Jttmann 9, I. Neumarkt 9, I. Im Hause der Post.

BK bietet sehr vorteilhaft an Kranzblumen, Laub, Draht, Bast, Reifen, Beeren usw. für Händler u. Wiederverkäufer bill. Preise.

Blumenkunst G. m. b. H. am Schießhaus ...

Bettstelle mit Matratze u. Federbett verk. ... Löbtau, ...

Ata

reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw.

Bestes Scheuerpulver für Haushalt, Gewerbe u. Industrie.

Vorzüglicher Herdputz.

Ueberall erhältlich.

Henkel & Cie., Düsseldorf

Fabrikanten von „Sil" und Henkel's Bleich-Soda.

Karl Bahmann

Inh.: Fritz Kaltofen

Viktoriastraße 26

Alerfeinste **Tafelmargarine**

Pfund **14.00** Mark.

Sie sparen Geld,

wenn Sie Ihre Zigarren in der

Briesnitzer Zigarren-Fabrik, Kaloza & Mitzscherling, Meissner Str. 18,

Haltestelle Schmiedstraße der Linie 18, kaufen, **weil Sie aus erster Hand beziehen.**

Feinste Qualitätszigarren zu 60, 70, 80, 90, 100 Pf. bis zu den edelsten Habanamarkfirken. Ueberlee-Zigarillos zu 40 und 45 Pf.

Von 100 Stück an freier Versand n. Dresden und Vororten. — Unsere werten Ladenkundschaft beim Einkauf von 30 M. an Straßenbahnvergütung. Fernruf 15463 (Nebenst.).

Schuh- Bedarfsartikel- u. Leder-Handlung

R. Kobitzsch, Gr. Zwingerstr. 17, **Dresden-A.**

Sohlleder in Hälften, Kernstücke und Ausschnitt, Schnürsenkel, Schuhputzmittel, Gummiabsätze, Holzabsätze, Filzsohlen, Einlegesohlen, Pantoffelhölzer, Garne, Zwirne, Schienenschoner, Zwecken, Stifte, Oesen, Wachse.

Leisten · Maschinen · Werkzeuge

Omilla

Scheibenhonig, 1 Pfd. 21.—, b. 10 Pfd. 20.25, bei 50 Pfd. 19.50
Speiseeis (Tüte mitbringen) 10 Pfd. 2.50
Bienenhonig, wieder eingetr. . Pfd. 18.—
Weiße Bohnen, Pfd. 2.70, bei 10 Pfd. 2.65
Grieß . . . . Pfd. 4.80
Haselnüsse, fl. runde . . . . Pfd. 8.—
Erbsen, halbe, gesch. . . . . Pfd. 3.—
Tafelreis, Pfd. 5.60, Margarine, Ia Pfd. 14.—

Königsbrücker Strasse 26.

Echt gold. Trauringe billiger 333 gestempelt, Paar v. 150 M. an, 585 gestempelt, Paar v. 280 M. an

Fauth & Beyer Pirnaischer Platz

Olympia-Theater Altmarkt

Fern Andra
Alexander Moissi

In dem 5aktigen Drama

Die Nacht der Königin Isabeau

Regie: Robert Wiene.

Vorführungen: Werktags . . . . . 5½, 7 u. 8½ Uhr. Sonn- und Feiertags 3, 4½, 6, 7½ u. 9 Uhr.

Der große Andrang in meinen Ladengeschäften

Hauptgeschäft Georgstr. 54, Zweiggesch. Bautzner Str. 33, Gr. Plauensche Str. 32, beweist, daß es meiner verehrten Kundschaft seit langer Zeit bekannt ist, daß man direkt vom Fabrikanten, weil ohne jeden Zwischenhandel,
lt. am vorteilhaftesten kauft. — Hat man Bedarf in

Strümpfen, Hemden, Hosen, Strickwesten, Handschuhen usw.,

so mache man mit meinen Fabrikaten einen Versuch.

Denkbar größte Auswahl. Billigste Tagespreise.

Strumpfwaren-Fabrik W. Paul Krause

Reparaturen, Aenderungen, Neuanfertigungen usw.

Lederhandlung Emil Göbel

Am See 52, Ecke Kl. Plauensche Gasse

Filiale: Löbtau, Kesselsdorfer Straße 26

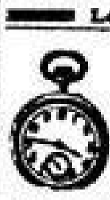
empfiehlt äußerst preiswert:

Gummi-Absätze, Schuhcrème, Ia Kernleder-Schienenschoner, Schuhsenkel und Bänder, Filzsohlen, Schuhzwecken und Metall-Schienenschoner, Schuhhölzer und Pantoffelhölzer.

Lederschlen-Ausschnitt.

Neue Chaiselongue ... Jaffé ...

Trauringe ... Schmid, ...



Taschenuhren

aller Art werden vom Orient zu kaufen gesucht.

J. Frenkel, Bautzner Str. 49

Winterüberzieher, Saccoanz., ... gebraucht u. ... Moritzstr. 14, I.

Jophil-Rauchtabake

für verwöhnte Raucher und jede Pfeifenart. Helle Farbe, langfaserig, beste Uebersee-arten. — Garantiert rein, trocken, ohne Rippen, — 50 Gramm 2.50, 2.90, 3.50, 4.— M.

Empfehlung: Man erkundige sich bei seinen Bekannten über meine Tabake ob, bei nur Pfeife mit zwecks Kosten sof. Rauchprobe ohne Kaufzwang! Stunde billiger! — Wiederverkäufer Rabatte! Zigarettentabak, hellgelb, orientalisch, langfaserig 50 Gramm 8.— u. 10.— M.

Spezialhaus für Tabake jeder Art u. Großhandlung **Johannes Philipp,** Gr. Brüdergasse 5, b. Schloßstraße u. Emmons-...ohe 40, gegenüber Haltenbrücke.

Spülapparate

Spritzen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Frauentropfen „Curol", Ersatzteile, sanitäre Frauenartikel.

Frau Heusinger, Am See 37.

Uhren & Goldwaren Joh. Kreisel e. G.

16 Dresden Pillnitzer Str. 16

Ehemalige Mitarbeiter d. Firma Gustav Ott.

Ein... kauf von altem Gold, Silber, Platin, Brillanten zu höchsten Preisen für eignen Bedarf.

Ich kaufe jeden Posten

Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Altpapier, Eisen, Metall, Lumpen, Knochen, Weinflaschen und Felle.

Hole selbst ab. Karte genügt.

Moritz Weinert, Mortzburger Straße Nr. 55

Häute u. Felle!

Einkauf von Ziegen-, Hasen-, Kaninchen- und allen andern Fellen.

Julius Arnold, Potschappel

Tharandter Straße 24 — Tel. 72.

Für

Weihnachts-Geschenke

empfehlen wir dem Publikum unsre Artikel, die wir jetzt noch zu alten Preisen abgeben:

Ia Boxkalf-Herrenstiefel	M. 185.—
Ia Chevreau-Herrenstiefel mit Lackkappe . .	190.—
Ia Rindbox-Herrenstiefel	180.—
Ia Rindbox-Damenstiefel	165.—
Ia Chevreau-Damenstiefel für ält. Frauen	165.—
Ia Chevreau-Hochschaftstiefel mit Lackblatt	180.—
Ia Lackleder-Damen-Spangenschuhe . . .	185.—
Ia Lackleder-Damen-Halbschuhe	165.—
Besonders preiswert:	
Rindbox-Kinderstiefel, 27/30	M. 90.—
Rindbox-Mädchenstiefel, 31/35	95.—

J. & A. Christmann Nachf.

Am See 34.

Brillanten

(lose und gefaßt)

Perlen, Smaragde, Perlschnüre, ganzen Familienschmuck sowie Pfandscheine hierüber kauft zum höchsten Tagespreis unter strengster Diskretion täglich von 9—4 Uhr (auf Wunsch komme auch ins Haus)

M. Genath, Taxator, Trompeterstr. 9, I. Stock

Telephon 19471

Nur 1 Minute von der Prager Straße.

Beachten Sie

die reiche Auswahl in **Herren-, Jünglings- und Burschenanzügen, Paletots, Ulstern, Joppen :: Hosen :: Wettermäntels, Hosenträgern, Stutzen, Krawatten, Mützen** im

Kaufhaus für Herren-Garderobe von Aug. F. Zimmermann

Trompeterstraße 7.

Blendend weiße Wäsche

elegante Herren-Stärkwäsche und als Spezialität: **Haushaltwäsche** liefert

Dampfwäscherei „Edelweiß", Dresden-A.

Freie Lieferung nach allen Stadtteilen.

Mütter, achtet auf eure Kinder!

In einer Stunde Läuse verlilgen Sie mit Garantie ... „Kampolin" ...

Damen-Mäntel, Kleider, Blusen, Kostüme, Röcke, Herren-Anzüge, Hosen, Ueberzieher verkauft zu nachweisbar billigsten Preisen **Karl Kreidl** ... Kein Laden.

Alte Grammophon-Platten zahle pro Stück 10 M. **Nosek** Bürgerstraße 6

Buchholz

Die Gewerbeaufsicht in Sachsen

Der gesetzliche Schutz der Arbeiter wurde durch die Einführung des Achtstundentages bzw. der 48stündigen Arbeitswoche enorm erweitert. Was jahrelanger auf das schärfste geführter politischer und wirtschaftlicher Kampf nicht vermochte, erreichten die Arbeiter und Angestellten sofort infolge des Zusammenbruchs des monarchistischen Staates. Selbst in den als Sieger auftretenden demokratischen und republikanischen Ländern wurde die 48stündige Arbeitswoche erst nach Einführung derselben in Deutschland gesetzlich festgelegt. Der weitere Ausbau der Arbeiterschutzgesetze erfolgt nunmehr aller Voraussicht nach in allen Ländern durch internationale Regelung. Die auf Grund des Friedensvertrags zu Versailles im Jahre 1919 nach Washington berufene Arbeitskonferenz ist die erste Etappe zur einheitlichen Regelung der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. In Deutschland selbst ist der Achtstundentag oder die 48stündige Arbeitswoche ein Teil des Fundaments der Republik. Die hier und da auftretende Forderung zur Durchbrechung des Achtstundentages angeblich zur Erfüllung des Friedensvertrags ist für die Arbeiterschaft nicht diskutabel. Die unheilvollen Folgen des im Kriege getriebenen Raubbaues an der Gesundheit des Volkes müssen durch einschneidende Gesetzgebung, deren Anfang mit der Einführung des Achtstundentages gemacht wurde, nach und nach wieder beseitigt werden. Es ist dies die vornehmste Pflicht des Staates. Mit einer gewissen Sicherheit ist anzunehmen, daß durch die internationale Arbeiterschaft die Ententepolitik der kapitalistischen Sieger und die dadurch bedingte planmäßige Ausbeutung der deutschen Arbeiter durch etwaige Längerarbeit verhindert wird.

Die vor ungefähr 50 Jahren in Deutschland nach dem Vorbild des alten Industrielandes England erfolgte allgemeine Ernennung von Gewerbeaufsichtsbeamten ist nur unter dem Zwange der unhaltbaren Zustände in bezug auf den Arbeiterschutz in den zu dieser Zeit aufblühenden Industriezweigen geschehen. Die später erfolgte notdürftige Erweiterung der Arbeiterschutzgesetze und der Gewerbeaufsicht erfolgte nur auf das Drängen unserer Reichs- und Landtagsabgeordneten. Selbst in den Zeiten des größten Wohlstandes des Reiches und der Länder war nur wenig für den Schutz des arbeitenden Volkes und für die Gewerbeaufsicht übrig.

Die folgende Uebersicht zeigt für Sachsen die Entwicklung der Gewerbeaufsicht, und zwar in bezug auf den Personalbestand, auf die Revisionstätigkeit und auf die Zahl der unter Titel VII der Gewerbeordnung fallenden Betriebe, einschließlich derjenigen, für die der ehemalige Bundesrat gemäß § 120e der G. O. besondere Bestimmungen erlassen hat. Diese letztgenannten Betriebe sind in den mit Tafel III bezeichneten Spalten aufgeführt, während die erstgenannten fabrikmäßigen Betriebe in den mit Tafel II bezeichneten Spalten verzeichnet sind.

Jahr	Zahl der: wissenschaftlich gebildeten Beamten	Zahl der: Expeditionsbeamten ausschließl. der Vorstände [illegible]	Zahl der: aus d. Arbeiterstande hervorgegangenen Aufsichtsbeamten	Zahl der: weiblichen Aufsichtsbeamten	Tafel II: Zahl der im Mai des vorh. Jahres [illegible] Betriebe	Tafel II: Zahl der vom Hundert revidierten Betriebe	Tafel III: Zahl der im Mai des vorh. Jahres [illegible] Betriebe	Tafel III: Zahl der vom Hundert revidierten Betriebe
1910	37	15	2*)	5	28020	74,7	14290	4,6
1911	42	15	2*)	6	30628	60,9	13748	4
1912	44	15	5*)	6	31565	60,0	14751	18,1
1913	44	15	5*)	6	35106	72,7	[illegible]440	20,1
1918	40	16	9*)	6	28859	44,3	7196	4
1919	89	16	11*)	6	28608	57,8	8913	20,5

*) Einschließlich der im Elbsandsteingebiet tätigen zwei Bruchmeister.

Die infolge des industriellen Aufstieges vor dem Kriege eingetretene Vermehrung der revisionspflichtigen Betriebe und das langsame Sinken der Zahl der vom Hundert revidierten Betriebe hatte nicht die vermehrte Einstellung von Aufsichtsbeamten zur Folge. Nur auf das Drängen unserer Landtagsabgeordneten wurden erstmalig im Jahre 1912 drei Aufsichtsbeamte aus dem Arbeiterstande eingestellt. Auch die Einstellung dieser wenigen Beamten erfolgte eine geringe Steigerung der Revisionsziffer bei in der mit Tafel III bezeichneten Spalte aufgeführten Betriebe. Die Revisionszahlen stiegen in diesen Betrieben von 4.1 auf 13 im Jahre 1912 und auf 20.1 im Jahre 1913. Die Revisionstätigkeit in den Hauptbetrieben in der mit Tafel II bezeichneten Spalte zeigt dagegen ein fortdauerndes merkliches Sinken der Revisionszahlen, mit Ausnahme des Jahres 1913. Die Steigerung in diesem Jahre und im Jahre 1919 ist vermutlich auf die weitere Einstellung von Aufsichtsbeamten aus dem Arbeiterstande zurückzuführen. Fast die Hälfte aller in Tafel II und vier Fünftel aller in Tafel III genannten Betriebe wurden sonach nicht besichtigt. Im Interesse der Arbeiterschaft muß unbedingt eine vermehrte Revisionstätigkeit erfolgen. Durch den seit der Revolution erweiterten Arbeiterschutz kommt noch eine erhebliche Zahl von handwerksmäßigen und den solchen Betrieben hinzu, die Angestellte beschäftigen. Die Beaufsichtigung dieser Betriebe ist den Gewerbeaufsichtsämtern gleichfalls übertragen worden. Der infolge des Krieges verarmte Staat ist nicht mehr in der Lage, zur restlosen Durchführung der Aufsichtstätigkeit die Beamtenzahl entsprechend zu erhöhen. An einen Abbau der Gewerbeaufsicht infolge der finanziellen Verhältnisse denkt aber wohl der ärgste Reaktionär nicht. Die im laufenden Jahre erfolgte Einstellung von zwei Gewerkschaftsangestellten ist hinsichtlich der großen Aufgaben ohne Belang. Die Steigerung der Tätigkeit der Gewerbeaufsicht in Sachsen ohne erhebliche Einstellung von Beamten läßt sich nur durch innere Organisation erreichen. Vor allem muß jede vorhandene und geeignete Arbeitskraft vor den zur Zeit vorhandenen Beamten zur Aufsichtstätigkeit herangezogen werden. Selbst die älteren Expeditionsbeamten (zur Zeit 14 Obersekretäre bzw. Sekretäre) können infolge ihrer langjährigen Dienstzeit bei den Gewerbeaufsichtsämtern und der hierbei gewonnenen Kenntnisse über die sozialpolitische Gesetzgebung zur Teilnahme an der Revisionstätigkeit herangezogen werden und die Zahl der revidierten Betriebe wesentlich erhöhen. Weiter würde durch Vereinfachung der Bureautätigkeit und vermehrte Einstellung von Kanzleihilfskräften die wesentliche Entlastung des Aufsichts- und Expeditionspersonals herbeigeführt und hierdurch die Außentätigkeit wesentlich gehoben und leistungsfähiger gemacht. Auch ist die Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbeaufsichtsämter dringend zu erwägen. Diese Aemter müssen mehr und mehr die volle Selbständigkeit auch hinsichtlich aller polizeilichen Maßnahmen erlangen. Nur eine vom festen Gesetz nicht befreite Reorganisation kann die Gewerbeaufsicht auf die gewünschte Höhe bringen. Der Ausbau der Gewerbeaufsicht in der dargelegten Weise entspricht dem Fortschritt der Arbeiterschutzgesetzgebung überhaupt. In jedem Falle aber ist auf die gesteigerte Aufsichtstätigkeit in Anbetracht der unhaltbaren Zustände in den bisher der Aufsicht entzogenen Betrieben zu dringen.

Der Arbeiterschutz und der Schutz der Volksgesundheit überhaupt ist die vornehmste und höchste Pflicht des Staates und es ist keine Mühe und keine Ausgabe zu groß für diesen idealen Zweck.

Sächsische Angelegenheiten

Eine unverständliche Beurteilung des Landtagswahlergebnisses

finden wir in der Chemnitzer Volksstimme. Sie leitet einen Leitartikel mit folgenden Bemerkungen ein:

Die alte Sozialdemokratie ist als die stärkste Partei aus den Wahlen in Sachsen hervorgegangen und was im Wahlkreis Dresden an unsrer Stimmenzahl verloren und in Leipzig nicht erreicht worden ist, um das Uebergewicht über die bürgerlichen Stimmen herzustellen, das hat der Wahlkreis Chemnitz allein wieder hereingebracht.

Wir stellen diesen sonderbaren Behauptungen, worin Chemnitz als Retter hingestellt wird, folgende Ziffern über das Wahlergebnis gegenüber:

	Sozialb. St. am 14. November	Sozialb. St. am 6. Juni	Verluste − Gewinn +
Dresden-Bautzen	237023	240077	− 3054
Leipzig	68640	57719	+ 10921
Chemnitz-Zwickau	260623	284052	− 16429

Somit hat also der Kreis Chemnitz den größten Verlust. Wie er dadurch alles wieder eingebracht haben soll, verstehen wir nicht. Sollte man aber das Landtagswahlergebnis zum Vergleich herbeigezogen haben, so sei festgestellt, daß gegenüber diesem Resultat vom 2. Februar 1919 die Sozialdemokratie im Dresdner Kreise einen Verlust von 142 815, in Leipzig 26 912 und in Chemnitz 150 962 Stimmen hatte.

Neukommunistische Berichterstattung

Das von Moskau ausgehende Gebot, nach Leibeskräften zu lügen, wird von der neukommunistischen Presse bereits stramm befolgt. So bringt es die Bergische Volksstimme, die von den Unabhängigen zu den Neukommunisten gegangen ist, fertig, über die sächsischen Landtagswahlen unter folgenden fettgedruckten Ueberschriftszeilen zu berichten:

„Die Landtagswahlen in Sachsen. Glatte Absage an die Noske-Partei und an die ihr ähnelnden Demokraten. Die sozialistische Mehrheit durch den revolutionären Teil der Arbeiterschaft erhalten!"

In dem Artikel heißt es dann noch ausdrücklich:

„Das Wahlergebnis sei ein vernichtendes Urteil der jammervollen Politik der Scheidemann-Noske-Partei. Dem revolutionärsten Teil des sächsischen Proletariats ist es zu danken, daß Sachsen auch nach diesen Wahlen eine sozialistische Mehrheit behalten hat."

In Wirklichkeit liegt die Geschichte bekanntlich so, daß die Sozialdemokratie von ihren bei der Reichstagswahl am 6. Juni erhaltenen 590 000 Stimmen 573 000 bewahrt hat, während die Rechts- und Linksunabhängigen von ihren 600 000 Stimmen am 6. Juni glatt die Hälfte verloren haben und nur 300 000 retten konnten, wovon kaum ein Viertel auf die Neukommunisten fällt. Sehr spaßhaft ist es auch, daß das neukommunistische Blatt so großen Wert auf die sozialistische Mehrheit legt. Offenbar hat die linke U. S. P. die kommunistische Taktik noch gar nicht begriffen, die doch darauf geht, durch Verweigerung jeder Zusammenarbeit diese Mehrheit praktisch wertlos zu machen!

Das feindliche Brüderpaar

Aus Zwickau berichten schmunzelnd die bürgerlichen Zeitungen:

„Einen stürmischen Verlauf nahm eine vom Arbeitslosenrat einberufene Versammlung. Im Verlauf der sehr erregten Aussprache griff der Anhänger der Moskauer Internationale Schiller den bekannten Kommunistenführer Schubert an, dessen Mannen die Anwürfe mit handgreiflichen Beweisen an Schiller „schlagend" widerlegten. Infolge des allgemeinen Trubels fiel auch die beabsichtigte Lebensmittel- bzw. Kartoffeldemonstration ins Wasser."

Sie raufen also weiter zum Gaudium der Reaktion und zum Schaden des Gesamtproletariats, dessen Interesse wahrzunehmen sie so oft betonen. Arbeiter, vor solchen „Freunden" müßt ihr euch selbst schützen, indem ihr ihnen nicht mehr Gefolgschaft leistet!

Kartoffel-Landesspende und Lieferungsverträge

In einem Rundschreiben an die Kommunalverbände weist die Landeskartoffelstelle nochmals ausdrücklich darauf hin, daß nur die für die Notstandsaktion des Landeskulturrates gelieferten Landesspendenkartoffeln im Einverständnis mit dem empfangsberechtigten Kommunalverband auf die abgeschlossenen Lieferungsverträge angerechnet werden dürfen. Dagegen ist es nicht angängig, daß die Kommunalverbände allgemein die auf Grund von Sonderaktionen von den Landwirten gelieferten und für den eigenen Bezirk bestimmten Kartoffeln auf die Lieferungsverträge anrechnen. Eine Anrechnung dieser für die Sonderaktion in dem eigenen Bezirk aufgebrachten Kartoffeln auf die Verträge kann vielmehr nur insoweit in Frage kommen, als die Vertragskartoffeln dem Kommunalverband selbst zugeteilt sind. Bezüglich der der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft zustehenden Provisionsgebühr bleibt es bei der bisherigen Regelung. Hiernach hat die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft lediglich bei den zur Landesspende sächsischer Landwirte für den Landeskulturrat gezeichneten verbilligten Kartoffeln auf die Gebühr verzichtet, während sie in allen andern Fällen ihre Ansprüche nach wie vor geltend macht.

Kartoffelwucher

Den Leipziger Neuesten Nachrichten wird geschrieben: Wenn die städtische Bevölkerung immer wieder über die unerschwinglichen Kartoffelpreise Klagen erhebt, so sind daran in der Hauptsache die Landwirte schuld, die weit über den von ihnen selbst mit festgesetzten Preis hinausgehen. Es gehört leider zu den Alltäglichkeiten, daß die Städter, die ihre Kartoffeln selbst vom Lande hereinholen, dort 30 bis 35 M. beim Erzeuger bezahlen mußten, während auch von den landwirtschaftlichen Organisationen ein Erzeugerpreis von 25 M. als völlig ausreichend bezeichnet worden ist.

Wie von einzelnen Landwirten geradezu Wucher getrieben wird, das erhellt aus folgenden Beispielen, die wir an zuständiger Stelle erfahren haben. Einem sächsischen Kommunalverband wurde von einem pommerschen Großlandwirt ein Angebot auf 30 000 Zentner Kartoffeln zum Preise von 39 M. für den Zentner gemacht. Dabei hat Pommern mit die billigsten Erzeugerkosten. Dieser Fall wurde der preußischen Landpolizei zur Verfolgung wegen Wuchers angezeigt.

Aber auch in Sachsen haben die Landwirte in großer Zahl die Notlage der Städte ausgenutzt. Aus einer Reihe von uns bekanntgewordenen Beispielen heben wir nur folgendes heraus: Im Bautzener Bezirk haben die Landwirte mit den Verbrauchern einen Erzeugerpreis von 25 M. vereinbart. Ein Landwirt, der an diesen Verhandlungen selbst teilgenommen hat, verkaufte aber 10 000 Zentner Kartoffeln (also dieselbe Menge, mit der uns jetzt Bayern zu Hilfe kommt) zu einem Preise von 25 M. einschließlich Fracht aushilft) nach Oldenburg zu einem Preise von 30 M. für den Zentner. Der Kartoffeltransport konnte noch rechtzeitig angehalten werden. Ein andrer Landwirt aus der Lautzener Gegend verkaufte einen Waggon mit Kartoffeln zu hohem Preise an einen Industriellen bei Hamburg, der sie angeblich für seine Arbeiter beziehen wollte. Angestellte Feststellungen ergaben, daß der „Industrielle" im ganzen einen Arbeiter beschäftigt. Es muß hier der Verdacht entstehen, daß der Empfänger der Kartoffellieferungen, der zum Weiterverkauf nicht berechtigt ist, unlautere Geschäfte machen wollte.

Leider sind das nicht die einzigen Beispiele. Den Regierungsstellen kann nicht dringend genug angeraten werden, hier mit rücksichtsloser Strenge durchzugreifen und die Beteiligten nicht nur vor das Wuchergericht zu bringen, sondern sie auch durch Nennung ihrer Namen bloßzustellen.

Ein Durchgreifen mit rücksichtsloser Schärfe erscheint durchaus angebracht; die Ursache dieses Wuchers ist aber in der Aufhebung der Zwangswirtschaft zu suchen, die Zeitungen von der Richtung des genannten Leipziger Blattes eifrig befürwortet haben.

Ein falscher Hölz?

Wie dem Telunion-Sachsendienst aus Falkenstein gemeldet wird, scheinen die letzten Räuberstückchen im Vogtlande nicht auf Hölz, sondern auf einen Abenteurer zurückzuführen sein, den es nach den zweifelhaften Lorbeeren des Hölz gelüstet. Nach einer Mitteilung der zuständigen Regierungsstelle ist dieser ebenfalls noch nichts Genaueres über das Wiederauftauchen des Hölz im Vogtlande oder über dessen Festnahme bekanntgeworden. Fest steht nur so viel, daß die Landgendarmerie, die Schutzmannschaften der einzelnen Orte und die Sicherheitspolizei aufgeboten worden sind, um einer neuen Hölziade von vornherein den Boden zu entziehen.

Crimmitschau. Bei der Stadtverordnetenwahl, die mit der Landtagswahl gemeinsam stattfand, erhielt die Liste des Bürgerbundes 5773 Stimmen (gegen 1919 1669 Stimmen mehr), die Liste der Mehrheitssozialisten 4977 (gegen 1919 1109 Stimmen weniger), die Liste der Unabhängigen 2468 Stimmen, (gegen 1919 195 Stimmen weniger), die Liste der Kommunisten 879 Stimmen (1919 keine). Es ist also ein fühlbarer Ruck nach rechts eingetreten. Voraussichtlich werden künftig 11 Vertreter der Bürgerlichen gegen bisher 9 in das Stadtverordnetenkollegium einziehen. Die Mehrheitssozialisten werden 10 Vertreter (bisher 13), die Unabhängigen 5 (bisher 6), die Kommunisten 1 (bisher keinen) haben.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Wirtschaftsminister Schwarz ist nach Prag gereist, um dort wirtschaftliche Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Regierung zu führen. — In Mittweida werden Einzelheiten über ein dort vom Staate projektiertes großes Wasserkraftwerk bekanntgegeben. Zur Nutzbarmachung der Wasserkräfte der Zschopau für elektrische Kraftzwecke ist u. a. ein großes Staudrohr und ein 55 Meter hoher sowie 26 000 Meter langer Tunnel durch Felsen vorgesehen. Die Durchführung des Projekts kostet über 160 Millionen Mark, die in der Hauptsache von den staatlichen Elektrizitätsunternehmungen getragen werden sollen. Man gedenkt im Frühjahr mit dem Bau der gewaltigen Anlage beginnen zu können. — In Ellefeld i. V. drangen sieben oder acht vermummte Männer in ein Restaurant ein, von dem bekannt war, daß in seinen Räumen dem Glücksspiel gehuldigt wurde. Sie trafen auch mehrere Herren beim Spiel an, gaben einen Revolverschuß gegen die Stubendecke ab, um zu zeigen, daß sie rücksichtslos vorgehen wollten, und nahmen den Spielern über 2000 Mark ab. Die Gendarmerie ist den Räubern bereits auf der Spur. Die Spieler werden außer dem erlittenen Schaden noch Strafe zu gewärtigen haben.

Stadt-Chronik

Die industrielle Reservearmee

Dem Heer der Erwerbslosen, das sich selbst führerlos macht, droht die Gefahr, wieder ganz zu jener industriellen Reservearmee zu werden, aus der der Kapitalismus jederzeit die willigen, d. h. willenlosen, und billigen Arbeitskräfte aufbieten kann, die ihm nach den Gesetzen des kapitalistischen Produktionsprozesses die liebsten sein müssen.

Im Tagebuch, der Wochenschrift Stefan Großmanns, hält Thomas Wehrlin dieses symbolische Erlebnis fest:

In einer Gruppe von Arbeitslosen.

„Den früheren Erwerbslosenrat ham wa weckgejagt. Wir brauchen keene Führer, auch nicht von der K. P. D."

Was habt Ihr dann getan?

„Denn ham wir die andern auch expediert, die Führer von der K. A. P. D. taugen ooch nischt."

Wen habt Ihr jetzt hingesetzt?

„Wir brauchen überhaupt keene Führers. Wir brauchen Arbeet. Mit der lausigen Unterstützung gehts nich länger. Wenn die andern arbeeten, müssen wir auch mal dran kommen."

Ich sah dem Mann ins Gesicht. Es war ein ganz gerades ehrliches Proletariergesicht.

Auf dem Umweg über alle Parteien war er glücklich so weit gekommen, wie ihn die privatkapitalistische Ordnung haben wollte, ein Arbeitsloser, der nur einen Wunsch hatte, an den Schraubstock gestellt zu werden.

Die Erwerbslosen, gestern noch die wildesten Stürmer der Revolution, sind im Begriffe, sich ganz in die Rolle zurückzufinden, die Marx ihnen im kapitalistischen Produktionsprozeß auf den Kopf gesagt hat.

Kaisergardisten

Dieselbe Deutsch-Nationale Jugendzeitung, die es kürzlich bedauerte, daß der deutschnationale Mordversuch an Dr. Hirschfeld nicht zum Tode dieses Gelehrten führte, fordert in ihrer neuesten Nummer ganz offenkundig und ganz ungehindert zum Hochverrat auf. Ein J. N., sicher der Hauptschriftleiter Joachim Nehring, schreibt da:

Wir verachten die volksfremde Organisation, die sich deutsche Republik nennt. Wir stellen fest, daß wir uns durch nichts, durch keine Treue und keine Pflicht an die Verräter gebunden fühlen. Wir stellen fest, daß wir uns auch durch nichts gebunden fühlen an die Verfassung der Verräter oder die Regierung der Verräter! Wir sind nicht unmoralisch genug, um diese Republik auch nur scheinbar anzuerkennen. Wir haben es außerdem gar nicht nötig, denn auf unsrer Seite sind Recht und Treue!

Wir denken nicht daran, uns Ebert und Severing und Bruck zu fügen, wir denken nicht daran, von „verfassungsmäßigen Mitteln" zu reden, wie es die Parteien tun, weil es für uns nur eine Verfassung gibt, und das ist die Verfassung des deutschen Kaiserreiches, dem wir immerdar die Treue halten! Und so sagen wir der deutschen Jugend immer wieder: Ihr habt nicht die mindeste Verpflichtung gegenüber dieser Verfassung. Jedes Mittel ist gut und edel im Kampfe gegen die Verfassung der Republik!

In seiner vorhergehenden Nummer rief dieser Wisch nach dem Richter, weil ein sozialistischer Lehrer in der hiesigen Kreuzschule die Kaiserbildchen kurzerhand zerrissen hatte, die die nationalistisch verhetzten Pennäler mit in die Schule brachten und dort, um diesen Lehrer zu reizen, überall anpappten. Da riet dieses Blatt den Schülern, den Lehrer wegen Eigentumsvergehens zu verklagen. So fein ist das Rechtsgefühl dieser Kaisergardisten, wenn es sich um ein paar läppische Bildchen, um das „Eigentum" einiger grüner Jungen handelt. Aber im Kampfe gegen die republikanische Verfassung ist ihnen jedes Mittel „gut und edel", auch die Aufreizung zum Mord, auch die Aufforderung zum Hochverrat! Und sie können es sich leisten. Denn sie finden schließlich leicht einen Staatsanwalt, der die zerrissenen Kaiserbildchen rächt, aber kein Staatsanwalt hat es bisher noch für nötig gefunden, dieses hochverräterische Blatt zu verbieten. Anlaß dazu wäre schon mehr als genug gewesen — jede Nummer dieses Wisches bietet ihn. Und die nächste wird ihn ungehindert wieder bieten.

Psychotechnik

Ueber die Lehrlingsausbildung im Sachsenwerk unter besonderer Berücksichtigung der psychotechnischen Eignungsprüfung sprach kürzlich Werkschulleiter Ingenieur Neuber vor der Freien Wissenschaftlichen Vereinigung von Lehrern an der Städtischen Gewerbeschule. Einleitend legte der Vortragende den Begriff der

Psychotechnik fest, die vom praktischen Standpunkt aus die technischen Verfahren zur Erforschung der angeborenen Veranlagung eines Menschen umfaßt. Es handelt sich dabei um das „scheinbar Geistige" und dessen objektive, von ihm selbst wahrnehmbare Feststellung. Die Psychotechnik prüft, ob der Arm stark oder schwach, das Auge weit- oder kurzsichtig, farben- oder nachtblind, das Ohr unmusikalisch, der mathematische Sinn verkrüppelt, das Gedächtnis schwach, die Ermüdbarkeit groß ist usw. Es handelt sich um die richtige Einreihung, weil das Vorhandensein einer Anzahl teils körperlicher, teils geistiger Eigenschaften für die Ausübung bestimmter Berufe unerläßlich ist. Das Sachsenwerk Niedersedlitz hat diese Eignungsprüfungen seit Ostern 1920 für Schlosser, Mechaniker, Dreher und Wickler eingeführt, um unter den vielen Bewerbern um Lehrstellen eine entsprechende Auswahl zu treffen. Nachdem der Redner an Hand von Lichtbildern, Apparaten und Modellen die Durchführung dieser Einrichtung erläutert hatte, besprach er die Lehrwerkstatt und die Werkschule, die räumlich mit der Fortbildungsschule von Großzschachwitz verbunden ist. Er schloß seine wertvollen Ausführungen mit zwei Wünschen: einmal möge die Eignungsprüfung dahin führen, daß es gelingt, den für die daniederliegende deutsche Volkswirtschaft so dringend notwendigen Stamm von Qualitätsarbeitern heranzubilden, ferner, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern sein möge, daß alle Schulen, die im Dienste der Heranbildung des gewerblichen Nachwuchses stehen, dem Ministerium unterstellt werden möchten, das hierfür vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nur in Frage kommen kann.

In der Aussprache wurden besonders folgende Gesichtspunkte hervorgehoben: Nachprüfung der aus der Praxis gewonnenen Methoden auf ihre Zuverlässigkeit in wissenschaftlicher Hinsicht, Auffindung neuer Methoden für andre Berufe, Berücksichtigung der von den Lehrlingen mitgebrachten Zeugnisse, richtige Bewertung der Volksschulzensuren und der von der Lehrerschaft der Volksschulen an Stelle der bisherigen Zensuren geplanten neuen Beurteilung der Schüler. Am Schluß der Besprechung stellte der Vorsitzende fest, daß der einmütige Wunsch der Versammlung dahin gehe, auch für Sachsen, ähnlich der in Berlin bereits bestehenden, eine zentrale Stelle für Psychotechnik zu schaffen, die eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sei.

Gegner der Sozialisierung

Die Dresdner Handelskammer gegen eine Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die Handelskammer Dresden nahm in ihrer heutigen öffentlichen Gesamtsitzung Stellung zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Nach dem Referat des Herrn Dr. Gerhardt wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Handelskammer muß schwere Bedenken gegen die beiden Vorschläge der Sozialisierungskommission erheben. Diese führen zu einer Untergrabung der Unternehmertätigkeit, wodurch die Kohlenförderung jetzt und besonders in der Zukunft stark beeinträchtigt wird. Die Schwerfälligkeit der bei beiden Vorschlägen unvermeidlichen behördlichen Verwaltung kann auch durch Prämien an beamtete Betriebsleiter nicht beseitigt werden, selbst wenn diese nach dem Vorschlage II der Sozialisierungskommission noch für eine begrenzte Zeit die Tätigkeit eines Unternehmers ausüben. Ein Rückgang der Kohlenförderung und eine weitere Verteuerung der Kohlen und der Brennstoffe überhaupt würde die natürliche Folge der Sozialisierung sein. Durch eine geldliche Besserstellung der Arbeiter würde dieser Nachteil für die Allgemeinheit nicht aufgewogen werden. Das Mitbestimmungsrecht der Angestellten und Arbeiter ist schon durch das Betriebsrätegesetz und das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919 und die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen genügend gewährleistet. Aus diesen Gründen muß daher die Kammer sowohl den Vorschlag I wie den Vorschlag II der Sozialisierungskommission als ungeeignet und gefährlich ablehnen."

Natürlich — wer hätte auch von dieser Handelskammer einen andern Beschluß erwartet!

Cabiria

pm. Vor Cabiria oder dem Kampf um die Weltherrschaft, einem italienischen Filmmonstrum aus der Vorkriegszeit vom Schlage des Quo vadis?, hatte uns ein Verbot der Reichseinfuhrstelle bis jetzt glücklich bewahrt. Warum muß uns das Prinzeß-Theater diesen geschmacklosen Unsinn „in sieben Begebenheiten" nun doch noch vorsetzen? Einen historischen Roman aus dem dritten Jahrhundert v. Chr. nennt der Untertitel das Werk; solche Bezeichnung ist bare Täuschung. Jeder deutsche Quintaner hat vom zweiten punischen Kriege, hat von Scipio, Hannibal und den Männern und Frauen rings um sie eine bessere Vorstellung als der Brausenkel, der den Film schuf. Die klassischen Namen passen zu dem Fühlen und Handeln dieser Leinwandhelden genau so schlecht wie die „klassischen" Trachten zu ihren modernen Bewegungen. Der Ungeschmack freilich, für den der Wert oder Unwert eines Films einzig bestimmt wird durch das Aufgebot an Menschen und Requisiten, kommt voll auf seine Rechnung. Ganze Heere wirbeln in buntem Mummenschanz über die weiße Fläche. Berge speien Feuer, Häuser stürzen in Asche, Städte werden gestürmt, eine römische Flotte verbrennt auf dem Meere, allerlei exotisches Getier spielt mit. Für alle andern bleiben nur ein paar Bilder: Kamele, die auf den Dünenkämmen der Wüste wie Wikingerschiffe auf bewegter See dahingleiten, eine Schafherde, die sich durch einen felsigen Engpaß windet. Aber diese spärlichen Brocken machen den übrigen Kohl nicht fett, söhnen auch nicht mit der Musik aus, die Liszts Préludes, Beethovens Egmont und andre Meisterwerke für diesen Film mißbraucht.

— **Vermeidung von Unfällen im Straßenbahnbetrieb.** In letzter Zeit sind wieder zahlreiche schwere Unfälle im Straßenbahnbetriebe durch Auf- und Abspringen während der Fahrt vorgekommen. Das Auf- und Abspringen ist eine leider ständig zu beobachtende Erscheinung im Straßenverkehr. Einer Zeitersparnis von wenigen Minuten wegen sollte niemand seine gesunden Glieder aufs Spiel setzen. Selbst körperlich gewandte Personen sollten sich den damit verbundenen Gefahren nicht aussetzen, denn nur ein leichter Fehltritt oder Fehlgriff kann das Unglück herbeiführen. Daher sei die Mahnung wiederholt, immer nur an den Haltestellen die Wagen zu besteigen und zu verlassen. Aufgabe der Eltern und der Schule ist es, auch die Kinder dazu besonders anzuhalten.

Eine neue Margarinepreiserhöhung wird bereits in den allernächsten Tagen in Kraft treten. Mit dem anfechtbaren System, die Nahrungsmittel durch staatliche Zuschüsse zu verbilligen, mußte gebrochen werden. Dies ist u. a. bei den Speisefetten schon geschehen. Der Hauptgrund für die neue Margarinepreiserhöhung liegt in dem ungünstigen Stand unsrer Valuta. Bekanntlich werden fast alle Rohstoffe der Margarine aus dem Auslande bezogen. Die Restbestände des Reichsausschusses für Oele und Fette sind jetzt völlig aufgebraucht. Danach kann die Margarine nur aus Rohwaren hergestellt werden, die im Auslande zu erhöhten Preisen eingekauft sind oder eingekauft werden müssen. Die Entwertung der deutschen Mark verteuert diese Rohwaren derart, daß die Preise der fertigen Margarine etwa um ein Achtel des bisherigen Preises gesteigert werden müssen. — So kommt eine Preiserhöhung zur andern. Preissenkungen dagegen kommen fast gar nicht vor und trotzdem will das Geschrei nach Lohnabbau nicht verstummen.

Die Trennung der Wähler nach Geschlechtern wurde in Pirna, Heidenau und Glashütte durchgeführt. Hierbei ergab sich, daß die Frauen noch weniger Wahleifer zeigten, als die Männer, zum andern, daß die bürgerlichen Listen durchschnittlich mehr weibliche wie männliche Stimmen erhielten, während es bei den Linksparteien umgekehrt war.

Arbeiterfahrkarten auch für Angestellte? Das Reichsverkehrsministerium trägt sich mit der Absicht, die Arbeiterrückfahrkarten zu billigem Preise auch auf die Angestellten auszudehnen. Es ist zu wünschen, daß die Absicht recht bald Wirklichkeit wird.

Mitteilungen aus der Gesamtratssitzung. Zur Vornahme weiterer Notstandsarbeiten wurden 4220000 M. aus der Anleihe bewilligt. — Der Siedlungsgesellschaft Bergmannsheim Rendersdorf soll an einem etwa 20000 Quadratmeter großen Gelände auf die Dauer von 90 Jahren ein Erbbaurecht bewilligt und der Erbbauzins auf 3½ Pf. für ein Quadratmeter rohes Bauland festgesetzt werden. — Das Gesuch des Ortsverbandes der Gabelsbergerschen Kurzschriftvereine um Erlaß des Beitrages zur Heizung und Beleuchtung bei Benutzung von Schulzimmern wurde abgelehnt. — Dem Fürsorgeamt wurden 25000 M., dem Jugendamt 20000 M. zu Unterstützungszwecken aus dem gemeinnützigen Fonds zur Verfügung gestellt.

Mehlverteilung. Auf das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung (Stadt Dresden, Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt) wird folgendes bestimmt: Auf Mehlmarke Nr. 1 wird ein halbes Pfund ausländisches Weizenmehl (Auszugmehl) verteilt. Die Anmeldung hat am 19. oder 20. November 1920 in einem zum Mehlhandel zugelassenen Kleinhandelsgeschäft oder einer Bäckerei zu erfolgen.

Viktoria-Theater. Der Anfang des allabendlich im Viktoria-Theater aufgeführten Volksstücks: Das Glücksmädel, ist auf 7½ Uhr festgesetzt; der Kartenvorverkauf täglich von 9 Uhr an an der Kasse im Gebäude und nachmittags von 5 Uhr an.

Gasthausdieb festgenommen. Von der Kriminalpolizei konnte der schon seit langem gesuchte Hotel- und Gasthausdieb Hans Martin Dreischneider von hier festgenommen werden. Dreischneider logierte sich in Hotels und Gasthäusern ein und stahl die Bettinlets. 13 Fälle konnten ihm nachgewiesen werden, wovon 6 auswärts verübt worden sind. Dreischneider mietete sich unter den Namen Burmeister, Schäfer und Winter ein. Personen, die von ihm geschädigt worden sind und noch keine Anzeige erstattet haben, können dies noch nachholen. Sein Lichtbild hängt im Schaukasten des Polizeihauses aus.

— **Vermischte Nachrichten.** Gestohlen worden ist am Montag bei der Abfahrt aus Dresden dem Reichstagsabgeordneten Hermann Hofmann aus Ludwigshafen (Zentrum). Bei einem von zwei Gaunern in einem D-Zugwagen hervorgerufenen Gedränge wurde ihm eine Brieftasche mit 1270 M. Inhalt, seiner Reichstagsfreifahrkarte, seinen Reisepässen, Legitimationskarten, Brotmarken und andres mehr geraubt, trotzdem er die Brieftasche in der Innenseite seines Rockes bei zugeknöpftem Mantel trug. Von den Dieben war aber nichts mehr zu entdecken. — Einem Schlaganfall erlegen ist Donnerstag nachmittag 4½ Uhr auf dem Schloßplatze ein etwa 50 Jahre alter Zollsekretär. Der Beamte befand sich in der Nähe der dortigen Straßenbahnhaltestelle, als er plötzlich umfiel; er war sofort tot. — Hochstapler Dr. Kornfeld alias Graf Sternberg hat auch hier sein Unwesen getrieben. Alle Personen, die mit dem Hochstapler Dr. Kornfeld alias Sternberg in Verbindung gestanden haben oder von diesem geschädigt worden sind und noch keine Anzeige erstattet haben, werden nach der Kriminalpolizei, Zimmer 78, gebeten. Ein Lichtbild des Hochstaplers hängt im Schaukasten des Polizeihauses aus. — An der städtischen Gewerbeschule ist ganz wider Erwarten ein Riesenzuwachs der Schülerzahl erfolgt. Im Jahre 1919 betrug sie 2449, im Sommerhalbjahr 1920 ist sie aber auf 2766 gestiegen. Davon besuchen 228 Schüler die Tages- und 2538 Schüler die Abendabteilung. — Selbstmord verübte am Donnerstag nachmittag ein 71jähriger, in der Röhrhofsgasse wohnender Kaufmann durch Einatmen von Leuchtgas infolge von Krankheit. Die an ihm angestellten Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Aus dem Parteileben

6. Kreis. Gemeindevertreter. Sonntag, früh 8 Uhr, im Volkshaus, Saal I, Konferenz der Gemeindevertreter. Tagesordnung: Gemeindesteuern. **Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Das Parteisekretariat.**

Bezirk Trachenberge. Heute Freitag, abends 8 Uhr, im Vergißmeinnicht wichtige Mitgliederversammlung. Die Anwesenheit aller Genossinnen und Genossen ist notwendig.

Bezirk Mickten und Umgegend. Heute Freitag, abends 8 Uhr, wichtige Gruppensitzung im Ratskeller Trachau. Pflicht aller Parteigenossen ist es, diese wichtige Sitzung zu besuchen.

Dresdner Umgebung

Wohnungsverband Dresden-Neustadt-Land

Die Verbandsversammlung, die am Donnerstag nachmittag im Neustädter Bahnhof stattfand, wurde in Stellvertretung des verwaisten Präsidiums vom Amtshauptmann Dr. Lempe geleitet. Er wies darauf hin, daß der vor zwei Jahren gegründete Verband sich kräftig entwickelt habe und zuweilen mit rauher und harter Hand im Gefühl seiner Verantwortung eingreifen mußte zur Durchführung seiner Zweckbestimmung: Vorbereitung und Durchführung der Notmaßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Rückhaltlose Kritik an der bisherigen Geschäftsführung des Verbandes sei durchaus willkommen, indessen habe sie nur dann einen Sinn, wenn sich daran praktische Vorschläge knüpfen. Man solle bedenken, daß der Verband vielfach mit großen Widerständen zu kämpfen hat, die oft auf den Mangel an gutem Willen und sozialer Einsicht zurückzuführen sind.

Geschäftsführer Dr. Hoffmann erstattete den Geschäftsbericht. Daraus geht hervor, daß im Bezirke der Amtshauptmannschaft die Zwangseinquartierung bereits in einer größeren Anzahl von Gemeinden durchgeführt worden ist. Die Zahl der Beschwerden gegen die Wohnungsbeschlagnahmungen sind in letzter Zeit lawinenartig angewachsen. Die Kreishauptmannschaften haben jedoch in den meisten Fällen nicht zugunsten der Rekurrenten entschieden, desgleichen das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz. So erfreulich der Ausgang dieser Rechtsstreitigkeiten sei, müsse doch konstatiert werden, daß auf diese Weise viel kostbare Zeit verloren ging, ehe die ausgesprochenen Beschlagnahmungen rechtswirksam wurden. Eine weitere Erschwerung erfuhr die Tätigkeit des Verbandes durch die Flüchtlingsfürsorge. Am 1. Mai 1920 wurde der Sitz des Verbandes aus Zweckmäßigkeitsgründen von Radeberg nach Dresden verlegt. Bis 31. Oktober 1920 wurden im ganzen beschlagnahmt 1325 Wohnungen, bewohnbar gemacht wurden durch Herstellung aus eigenen Mitteln 53 Wohnungen, wozu noch weitere 8 kommen, die infolge Umbaues des Kepp-Schlosses in Hosterwitz gewonnen werden. Mit Hilfe von Zuschüssen im alten und neuen Baukostenzuschußverfahren wurden 288 und 84 Wohnungen hergestellt. Der Wohnungsverband mußte auch ständig vermitteln zwischen den Gemeinden mit größerer und solchen mit kleinerer Wohnungsnot, um bei der Unterbringung der Wohnungslosen einen Ausgleich herbeizuführen.

An den Geschäftsbericht knüpfte sich eine Aussprache. Gemeindevorstand Werner, Radebeul, machte darauf aufmerksam, daß das Landeswohnungsamt die Beihilfenbescheide für Baukostenzuschüsse in neuerer Zeit an die Bedingung geknüpft hat, daß das spätere Erträgnis aus der geplanten Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (Mietsteuer), gleichgültig, ob sie als Reichs-, Staats- oder Gemeindesteuer ausgestaltet wird, in erster Linie auf die Beihilfedarlehen aus Landesmitteln verrechnet werden. Es müßte deshalb eine dahingehende schriftliche Erklärung der Gemeinde und des Wohnungsverbandes abgegeben werden. Gegen diese Bedingung sei die Gemeinde Radebeul beim Landeswohnungsamt vorstellig geworden. Der Wohnungsverband sollte dieses Vorgehen der Gemeinde Radebeul unterstützen. Weiter betonte der Redner, daß durch Festlegung der Wohnungsbeihilfe auf einen Höchstbetrag beim Bau neuer Wohnungen ein großer Betrag ungedeckt bleibt. Gemeinnützige Bauvereinigungen seien nur dann in der Lage, derartige Bauten noch auszuführen, wenn die Gemeinden auch den ungedeckten Fehlbetrag übernehmen. Die Gemeinde Radebeul habe dies getan und den Wohnungsverband gebeten, auch die Hälfte dieses Fehlbetrages auf den Wohnungsverband zu übernehmen. Der Verbandsvorstand habe dies jedoch abgelehnt. Der Redner erneuerte seine Bitte und fand dabei auch auf andern Seiten Unterstützung. Es wurde beschlossen, im Sinne der Anregungen Werners den Vorstand zu beauftragen, nochmals anderweit Erwägungen anzustellen.

Dann war noch die Wahl des ersten Vorsitzenden an Stelle des früheren Bürgermeisters von Radeberg Dr. Rose vorzunehmen. Es lagen mehrere Wahlvorschläge vor, über die trotz stundenlanger Aussprache eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Auf Vorschlag des Amtshauptmanns wurde schließlich von der Vornahme der Wahl abgesehen; es soll bis 15. Dezember in den einzelnen Gemeinden schriftlich abgestimmt und das Stimmaterial der Amtshauptmannschaft eingereicht werden.

Reform der Richtlinien

Abänderungsvorschläge des Mietbewohnervereins

Die Erfahrungen, die seit ihrem Bestehen mit den Richtlinien gemacht worden sind, und der starke Widerstand, den die Richtlinien in der Dresdner Mieterschaft gefunden haben, haben den Mietbewohnerverein Dresden veranlaßt, den Rat zu Dresden um neue Verhandlungen zu ersuchen, für die der Allgemeine Mietbewohnerverein folgende Abänderungsvorschläge beim Rate eingereicht hat:

I.

Die Mieterschaft ist mit den jetzigen Richtlinien und ihrer Handhabung im allgemeinen aus zwei Gründen nicht mehr einverstanden:

wegen der grundsätzlichen Geheimhaltung, die Wohnungsamt und Mieteinigungsamt mit Bezug auf die Angaben des Hausbesitzers und die von ihm gebrachten Beweismittel für richtig halten, und

wegen des Mangels eines Mitbestimmungsrechts.

Die erwähnte Geheimhaltung ist uns sowohl nach dem Gang der Verhandlungen, die zu den Richtlinien geführt haben, als auch aus rechtlichen Gründen unverständlich. Der Hausbesitzer, der seine Mietzinsen nach den Richtlinien berechnet haben will, stellt sich damit doch auf den Boden der Richtlinien und gibt damit zugleich dem Mieter das Recht, nach dem Grundsteuerwert 1914 zu fragen, die Angaben zu bestreiten und seine Beweismittel zu prüfen. Das erscheint uns als etwas Selbstverständliches. Wir greifen hier nur einen einzelnen Fall heraus, weil bei dem Wohnungsamt und Mieteinigungsamt die Geheimhaltung mit der Wahrung des Steuergeheimnisses begründet haben. Das Steuergeheimnis wird aber nicht verletzt werden. Der Hauswirt ist ja selbst derjenige, der in seiner Forderung auf den Grundsteuerwert verwiesen hat.

Die Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts, die an sich schon bei der Frage der Verwendung des Überschusses für Unterhaltungskosten ist, hat in der Mieterschaft so starken Widerspruch hervorgerufen, daß es uns, wie uns die abgehaltenen großen öffentlichen Versammlungen bewiesen haben, unmöglich sein wird, mit Richtlinien einverstanden zu erklären, die dieses Mitbestimmungsrecht der Mieter in dem bisherigen Maße ausschalten.

Wir müssen deshalb in erster Linie als Grundlage für weitere Verhandlungen fordern, daß das Mitbestimmungsrecht der Mieter anerkannt wird, und daß der Hausbesitzer, soweit ihm mehr als drei Mieter im einzelnen Grundstück gegenüberstehen, auf Wunsch der Mieter einen von den Mietern gebildeten Mieterausschuß — der aus nicht mehr als drei Personen bestehen soll — als berechtigten Vertreter der Mieter anzuerkennen hat. Die oben erwähnte Frage der Geheimhaltung von Angaben und Unterlagen des Hausbesitzers wäre mit diesem Ausbau des Mitbestimmungsrechtes der Mieter auch gelöst.

II.

Im einzelnen machen wir darüber hinaus wegen der Änderung der bisherigen Richtlinien folgende Vorschläge:

Zu A: Grundmietzins

Der Grundmietzins soll eine angemessene Verzinsung des Kapitals, das im Grundstück angelegt ist, bieten. Die Berechnung dieser Verzinsung nach dem Grundsteuerwert hat jedoch in vielen Fällen eine unberechtigte Erhöhung der Bedeutung dadurch erfahren, daß der wirtschaftliche Wert des Grundstücks hinter dem Steuerwert zurückblieb. Daraus ergab sich eine Höhe des Zinsdienstes, die zum Zinsdienst 1913/14 außer Verhältnis steht. Wir halten es deshalb für notwendig, eine Höchstgrenze in der Weise einzuführen, daß der Zinsendienst nicht höher sein darf als 15 v. H. über den im Oktober 1913 in der Hausliste festgestellten Gesamtmieten. Mit dieser Beschränkung würde den berechtigten Wünschen der Mieterschaft Rechnung getragen, andrerseits würde der Hausbesitzer in seinen Zinsbezügen nicht geschmälert werden. Die Kürzung von 15 v. H. der Friedensmiete als Abzug für Betriebs-, Unterhaltungskosten usw. ist die Kürzung mit dem Mindestsatz, der im Frieden üblich war, tatsächlich ist der Betriebs- usw. Aufwand durchschnittlich höher (18 v. H.) gewesen.

Zur Erzielung einer Vereinfachung in der Berechnung der Kapitalzinsen schlagen wir weiter vor, für das gesamte Kapital bis auf weiteres einen Durchschnittszins von 4½ v. H. einzusetzen ohne Rücksicht darauf, welche Verpflichtungen der Hausbesitzer etwaigen Kapitalgläubigern gegenüber davon zu tragen hat. Erwägungen über die Höhe des Hypothekenzinsfußes, die Höhe der Renten und der Kapitalbeiträge von Rentiers könnten dann vollständig ausscheiden.

Die Berücksichtigung von Kaufkosten gegenüber dem Grundsteuerwert 1914 hat zu einer verschiedenen Auffassung deshalb geführt, weil in der Einleitung zu den jetzigen Richtlinien von Summierung von Besitzwechselabgaben die Rede ist. Die Folge davon ist, daß das Wohnungsamt dem Grundstückswerte von 1914 die Kosten eines einmaligen Grundstückswechsels zugeschlagen hat. Das können wir nicht gelten lassen. Es ist nicht einzusehen, weshalb der Wert eines Grundstücks wächst, wenn sein Eigentümer wechselt. Die Kosten, die der Kauf eines Grundstücks mit sich bringt, sind für den Käufer reine Anlagekosten, die den Wert des Grundstücks und infolgedessen die Mieten nicht erhöhen können.

Schließlich möchten wir hier noch betont haben, daß die dem Grundstück dienenden Teile, die nicht der Vermietung dienen, bei der Bemessung des Wertes auszuscheiden haben (z. B. Gartenland, Nebengebäude mit Wirtschaftshof usw.), bzw. daß für diejenigen innerhalb der Wirtschaft des Mietgrundstücks gelegenen, aber vom Vermieter allein benutzten Teile diejenigen Mietzinsen eingesetzt werden müssen, die von einem Mieter gefordert werden können.

(Schluß folgt.)

Stadtverordneten-Sitzung

vom 18. November 1920.

Eine Ratsvorlage betraf die vorläufige Regelung der Ortszuschläge für die Beamten, die ihren dienstlichen oder außerdienstlichen Wohnsitz außerhalb Dresdens haben. Die Debatte wurde in Uebereinstimmung mit der Ratsvorlage beschlossen, diese Ortszuschläge nach dem Vorbild der Reichsbeamten mit Rückwirkung vom 1. April 1920 neu zu regeln, die endgültige Regelung aber im Zusammenhange mit der Neuordnung der Besoldungsreform vorzunehmen. Die Eingabe des Gemeindearbeiterverbandes vom 15. Oktober 1920 wurde insoweit für erledigt erklärt, als die endgültige Regelung von seiten des Reiches zu erfolgen hat.

Die Vorlage wegen einer neuerlichen Erhöhung des Gaspreises und Erhebung einer Zuschlagsteuer vom Mindesteinkommen wurde auf Antrag des Genossen Gleisberg an den vereinigten Rechts- und Finanzausschuß zur nochmaligen Durchberatung zurückverwiesen.

Die Stundenvergütungen für die nebenamtlichen Lehrkräfte an der Gewerbeschule und an der Mädchen-Gewerbe- und -Handelsschule wurden mit Wirkung vom 1. April 1920 einstweilen um 50 Proz. erhöht. — Zur Beschaffung von Lehrmitteln für die biologischen Schülerübungen in der Annenschule wurden 21 573 M. nachbewilligt. Ein Antrag Miritschen, dieses biologische Institut allen Dresdner Schülern zugänglich zu machen, wurde zum Beschluß erhoben. — Zur Unterstützung der Handelslehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft wurden gemäß einer Ratsvorlage weitere 100 000 M. bewilligt. Dabei wurde der Rat ersucht, eine Vorlage über die Vereinigung oder Verschmelzung der Handelslehranstalt mit der städtischen Fortbildungsschule im Laufe des Jahres 1921 herüberzugeben.

Endlich beschäftigte man sich noch mit einer Ratsvorlage betreffend die Neufassung der Ordnung für das Einigungsamt der Stadt Dresden. Der Ausschuß empfahl, die Vorlage zu genehmigen und darüber den Rat zu ersuchen, baldigst in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht zu Vorsitzenden der Einigungsämter an Stelle der nebenamtlichen Vorsitzenden beamtete Vorsitzende zu bestellen sind.

Stadtv. Berndt beschwerte sich über die Handhabung der Richtlinien durch das Mieteinigungsamt; es wären Mietsteigerungen von 110 Proz. genehmigt worden, obgleich nach den Richtlinien im allgemeinen 45 Proz. ausreichend wären.

Stadtv. Schümichen erklärte, daß er im Besitze von Beweisen aus vielen Fällen sei, in denen auch die Hausbesitzer mit der Sprech-

...rats des Mieteinigungsamtes nicht zufrieden seien. Das Gesetz sei nicht bloß zum Schutze der Mieter da, sondern auch zum Schutze der Hausbesitzer. Die kleinen baulichen Unterhaltungen erforderten jetzt schon außerordentlich hohe Kosten. Durch die Hetzerei, die jetzt in den Mieterkreisen veranstaltet werde, würde es dahin kommen, daß die Spruchkammern beim Einigungsamte noch weiter belastet werden. Die Einigungsämter sollten den Amtsgerichten mit beamteten Richtern angegliedert werden.

Stadtv. Oertel stellte einen Zusatzantrag, die dem Wohnungsamte unterstellte Verprüfungsstelle unmittelbar dem Mieteinigungsamte anzugliedern.

Stadtv. Menke behauptete, die Hausbesitzer ließen ihre Grundstücke verlottern, und trat für die Sozialisierung des Grund und Bodens ein.

Der Berichterstatter Genosse Elsner bestätigte, daß auch bei den Gewerkschaften diese Beschwerden über das Verhalten der Vorsitzenden und auch der Beisitzer beim Einigungsamte eingelaufen sind und wandte sich besonders gegen den Anschluß der Einigungsämter an die ordentlichen Gerichte.

Stadtrat Müller führte aus, daß die Frage, ob die Einigungsämter den Verwaltungsbehörden oder ordentlichen Gerichten angegliedert sind, noch nicht spruchreif sei. Der Deutsche Städtetag habe sich für die Angliederung an die Amtsgerichte ausgesprochen. Daß eine unsachgemäße Behandlung der Parteien in den Terminen beim Einigungsamte stattfinde, müsse er entschieden bestreiten. Vereinzelt hätten nur die Beisitzer zu sehr in den Gang der Verhandlungen eingegriffen. Die Richtlinien seien selbstverständlich Neuland, und es müßten deshalb erst die Erfahrungen einer etwas längeren Zeit abgewartet werden.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde das Ausschußgutachten zum Beschluß erhoben, ebenso der Zusatzantrag Oertel.

Gewerkschaftsbewegung

Beginnender Gesundungsprozeß

Wie wir gestern bereits mitteilten, hat die in ihrer Mehrzahl aus Unabhängigen bestehende Berliner Gewerkschaftskommission den Beschluß gefaßt, sich auf den Boden der vom Betriebsrätekongreß beschlossenen Betriebsrätezentrale zu stellen. Dieser Beschluß bedeutet zugleich eine glatte Absage an die selbständige Betriebsräteorganisation in der Münzstraße, die noch vor gar nicht allzu langer Zeit aus ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zu den Gewerkschaften von diesen die Kleinigkeit von 100 000 M. zur Finanzierung der Aktionen gegen die Gewerkschaften forderte. Es ist um so mehr zu begrüßen, daß er gerade in dem radikalen Berlin gefaßt wurde, in dem alle jene Pläne ausgeheckt werden, die auf eine Schwächung der deutschen Arbeiterbewegung hinauslaufen. Wir begrüßen ihn freudig als den ersten Schritt zur Gesundung der Arbeiterbewegung selbst.

Wie notwendig es ist, gerade mit den Münzstraßen Leuten zu brechen, hat recht deutlich die am letzten Sonntag von ihnen einberufene Betriebsräteversammlung in Berlin bewiesen, die zu einer wüsten Kundgebung der radikalen Elemente ausartete und dem deutschen Spießbürger wieder einmal den Beweis lieferte, wie sehr die Arbeiterschaft mit sich zu tun hat und wie wenig er von ihr zu fürchten braucht. Dem denkenden deutschen Arbeiter steigt ob dieses Treibens die Zornesröte ins Gesicht, weil er erkennt, daß diese Leute nicht nur seine Position gegenüber dem Bürgertum von Tag zu Tag mehr untergraben, sondern weil sie auch nichts unterlassen, um das Ansehen der deutschen Arbeiterschaft in der ganzen Welt herabzusetzen. Wir haben immer wieder unsre Parteigenossen zum entschiedenen Kampf gegen diese Art von Betriebsräten aufgefordert, deren Höchstleistungen im Vortrage revolutionärer Phrasen liegt, die aber vom praktischen Leben und von den in der momentanen wirtschaftlichen Situation gegebenen Möglichkeiten keine Ahnung haben. Wir sind wegen dieser Kampfansage nicht zuletzt von den Unabhängigen heftig befehdet und als Verräter der Arbeiterschaft beschimpft worden. Der einwandfreie Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission zeigt uns, wie recht wir hatten und wie falsch die Arbeiterschaft beraten war, soweit sie sich an den Aktionen der selbständigen Betriebsräteorganisationen beteiligte. Wir hoffen, daß das Berliner Beispiel Schule machen wird und daß man im ganzen Reiche die Schädlichkeit dieser Gewerkschaftszersplitterer erkennt.

Zu dieser Hoffnung ist man um so mehr berechtigt, als man erfährt, daß der Redakteur des Verbandsorgans der Angestellten, Paul Lange, unlängst auf einer Konferenz in Bremen erklärte, er werde gegen die Moskauer Thesen nunmehr energisch Front machen und daß er jetzt aus der Kommunistischen Partei eben wegen ihrer die Gewerkschaft zerstörenden Tendenz ausgetreten ist. Paul Lange war bekanntlich immer ein eifriger Verfechter der Moskauer Lehren und hat alles getan, um sie durch das ihm anvertraute Organ in die Massen zu schleudern. Auch seine Bekehrung zeigt, daß allmählich die Ernüchterung auch bei jenen eintritt, die bisher alle, die nicht der K. P. D. angehörten, als Kleinbürger verschrien.

Möge dieser noch in dem Anfangsstadium stehende Gesundungsprozeß weitere Fortschritte machen, dann braucht uns um die Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht bange zu sein. Dann wird sie wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft die Macht sein, die in der Lage ist, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft nachdrücklichst und mit Erfolg zu vertreten.

Vereinbarung in der Dresdner Zigarettenindustrie

Gestern stand vor dem Schlichtungsausschuß in der Tarifangelegenheit der Angestellten des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, gegen den Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie Termin an. Nach längeren Verhandlungen wurde auf Anregung des Schlichtungsausschusses folgende Vereinbarung getroffen:

„Der Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie wird unter Assistenz des Zentralausschusses in Verhandlungen mit den Organisationen über die geforderten Gehaltserhöhungen eintreten. Sollte der Arbeitgeberverband wider Erwarten diese Verhandlungen ablehnen, so hat er bis spätestens Sonnabend dieser Woche dem Schlichtungsausschuß hiervon Mitteilung zu machen. In diesem Falle wird ein neuer Termin vor dem Schlichtungsausschuß auf Dienstag den 23. November, 12 Uhr mittags, angesetzt und über die Gehaltserhöhungen endgültig entschieden werden."

Ein Protest der Musiker

Die Ortsverwaltung Dresden des Deutschen Musikerverbandes hat beim Minister des Innern Beschwerde gegen die Verfügung eingelegt, nach der am Sonnabend vor dem Totensonntag keine Tanzveranstaltungen stattfinden dürfen. In einer dem Minister zugestellten Entschließung wird gesagt:

„Wenn schon diese Verfügung für den Totensonntag selbst nicht den heutigen schwierigen Verhältnissen entsprechend fallen sollte, so ist bei den heutigen Zeitverhältnissen jeder einzelne, ganz besonders der freistehende (Tanz-)Musiker darauf angewiesen, jede Verdienstmöglichkeit auszunützen. Diese Verdienstmöglichkeit wird aber durch diese Verfügung dem Musiker, ganz besonders dem freistehenden, auf das ärgste beschnitten."

Gewerkschaften und Eisenbahner

Kattowitz, 18. November. Das Bezirkskartell der Freien Gewerkschaften Oberschlesiens hat die Beschaffungszulage für die Eisenbahner abgelehnt, jedoch in einer Entschließung ausgesprochen, daß die Eisenbahner geldlich nicht schlechter stehen sollen als die Arbeiterschaft der Großindustrie. Das Kartell verwirft jeden Teilausstand, solange nicht der Instanzenweg beschritten ist.

Landarbeiterstreik in Pommern

Stettin, 19. November. Gestern mittag sind im ganzen Regierungsbezirk Stralsund einschließlich der Insel Rügen die Landarbeiter in den Streik getreten. Der Ausstand ist zurückzuführen auf eine Entscheidung des Amtsgerichtes in Greifswald, in der Arbeiterentlassungen als rechtsgültig anerkannt wurden.

Streik im Berliner Textilgroßhandel

Seit dem 2. November stehen zirka 2000 kaufmännische Angestellte des Berliner Textilgroßhandels wegen Gehaltsforderungen im Streik. Am 15. November sind nun auch die Hausdiener und Packer in den Ausstand getreten. Der innere Betrieb der bestreikten Betriebe steht vor dem Zusammenbruch. Zu Tausenden lagern Postpakete, Kisten, Briefe und Geldsendungen und harren ihrer Erledigung. Die Provinzialkundschaft kann nicht damit rechnen, daß ihre Aufträge ausgeführt werden.

Sport · Spiel · Körperpflege

Sportkartellvertreter! Heute Freitag den 19. November, abends 7½ Uhr, wichtige Besprechung der Sportkartellvertreter Dresdens in der Frischauf-Schänke, Könneritzstraße.

Sportkartell Groß-Dresden. Dienstag den 23. November, abends 7½ Uhr, Kartellausschußsitzung im Volkshaus; wichtige Tagesordnung. Erscheinen ist Pflicht.

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. Vieschen. Freitag: Mitgliederversammlung im Gasthof. Die Fußballabteilung Vieschen veranstaltet Sonnabend den 20. November, 6½ Uhr, einen Vortragsabend. Genosse Sonntag spricht über Körperpflege. Forderungen an unsre Mannschaften erbitten wir 14 Tage vorher. Spätere Eingänge können nicht berücksichtigt werden. — Lohmannsdorf. 21. November: Großes Konzert mit turnerischen Aufführungen. — Niederhäslich. 21. November, 7 Uhr: Theaterabend im Gasthof Niederhäslich. — Besterwitz. Sonntag den 21. November, abends 6 Uhr, im Gasthof Roßthal Kinderkonzert.

Arbeiter-Wassersport-Verband. Bezirk Dresden. Schwimmlehrerkursus: 28. November, 6½ Uhr, Vortrag des Genossen Bühler über: Die Aufgaben eines Schwimmwarts; im Anschluß praktische Vorführung im Güntzbade: Tauchen und Sprungwertung.

Freie Schwimmer von Dresden und Umg. 20. November, 7 Uhr: Vorstandssitzung im Echten, Pillnitzer Straße 10.

Arbeiter-Athleten. 21. November: Städtewettkampf Berlin—Dresden in der Reichskrone. Anfang 6 Uhr. Die Teilnehmer an der 2-Zentner-Riege haben sich am Saaleingang beim Sportgenossen Better zu melden. Die Dresdner Mannschaft ist aus den Sportgenossen Rabbow, Paul, Arnold, Fleischer, Reissinger, Diesitz, Erich und Schiedel zusammengesetzt. — Arbeiter-Sportklub Hektor. Das Vergnügen wird auf den 25. November verlegt. Anfang 6½ Uhr. Die zum Empfang der Berliner Mannschaft bestimmten Genossen treffen sich am Neustädter Bahnhof; Zeit wird noch bekanntgegeben.

Briefkasten

H., Schäferstraße (2 M.). Auf gesetzliche Bestimmungen können Sie sich nicht berufen. Wir raten Ihnen eine gütliche Vereinbarung mit dem Wohnungsamt zu versuchen. Wenn Sie Ihre Lage schildern, könnte Ihnen nachträglich der Umzug erlassen werden.

K. H., Konkordienstraße. Für den Hauswirt besteht keine Ersatzpflicht für das von Kindern eingeworfene Stubenfenster, wenn ihm kein Verschulden nachgewiesen werden kann.

Quittung. Zum Wahlfonds gingen ein 15 M. von Hoflg. R. Weichold.

Quittung. Zum Wahlfonds gingen ein vom Breitsalten der Dresdner Volkszeitung 5 M., Hutlin 15 M. Weichold.

Quittung. Für den Wahlfonds: 10 M. von Unbekannt, durch Görz, Döhlen. — 30 M. von Unbekannt, Wilsdruff, durch Schöle. R. Bombach.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Edgar Hahnewald, Dresden-A.
für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

Brot- und Mehlversorgung des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung (Stadt Dresden, Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt u. Dresden Neustadt) im Erntejahr 1920/21.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 28. September 1920 wird für das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung folgendes bestimmt:

Artikel I.

Die Ablieferung der von den Kleinhandelsgeschäften, Großverbrauchern, Brotfabriken, Bäckern, Händlern und ihnen gleichartigen Betrieben vereinnahmten und bestimmungsgemäß entwerteten Gemeindeverbandsbrotkarten oder Reichsreisebrotmarken an die zuständigen Mehlbezirke hat nur am Dienstag oder Mittwoch der 1. und 3. Woche jeder Brotscheinreihe zu erfolgen.

Die übrigen Bestimmungen in der Bekanntmachung vom 28. September 1920 bleiben weiter in Geltung.

Artikel II.

Artikel I tritt am 21. November 1920 in Kraft.

Zuwiderhandlungen werden nach § 30 der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1919 bestraft. [1645]

Dresden, am 18. November 1920.

Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Brot- und Mehlversorgung des Gemeindeverbands Dresden und Umgebung (Stadt Dresden, Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt u. Dresden-Neustadt) im Erntejahr 1920 21.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1919 wird für das Gebiet des Gemeindeverbands Dresden und Umgebung folgendes bestimmt:

Artikel I.

In § 24 wird folgender Absatz 5 angefügt:
Die Brotbezugsscheine sind sowohl von dem Kleinhändler, Großverbraucher oder Selbstverbraucher, der die Ausstellung beantragt, als auch von der Brotfabrik, durch die die Belieferung erfolgt, mit dem Namen bzw. der Firmenbezeichnung in unverwischbarer Weise handschriftlich oder durch Stempelaufdruck zu versehen.

Artikel II.

Artikel I tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Zuwiderhandlungen werden nach § 30 der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1919 bestraft. [1645]

Dresden, am 18. November 1920.

Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Mehlverteilung.

Für das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung (Stadt Dresden, Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Auf Mehlmarke Nr. 1 wird ein halbes Pfund ausländisches Weizenmehl (Kochmehl) verteilt.

§ 2. Die Anmeldung hat am 19. oder 20. November 1920 in einem zum Mehlhandel zugelassenen Kleinhandelsgeschäft oder einer Bäckerei zu erfolgen.

Die Geschäftsinhaber haben die Abschnitte wie die Brotkarten zu entwerten und am 22. November 1920 beim zuständigen Mehlbezirk einzureichen. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

Die Weitergabe der Bezugsscheine an einen zugelassenen Großhändler hat am 23. November 1920 zu erfolgen.

§ 3. Abgabe an die Verbraucher am 27. November 1920. Eine Abgabe vor diesem Tage ist verboten.

§ 4. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 2.70 M. für ein halbes Pfund.

§ 5. Zuwiderhandlungen: § 3 der Bekanntmachung vom 12. November 1920. [1645]

Dresden, am 18. November 1920.

Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern — Landeswohnungsamt — (Gesch. IV 1728 ...) vom 30. Oktober 1920 und mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums wird folgende Bekanntmachung erlassen:

Die Bestimmungen der §§ 3 und 6 zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 in der Fassung der Verordnung vom 22. Juni 1919 gelten nicht nur für Wohnräume, sondern für Geschäftsräume aller Art.

Dresden, den 18. November 1920.

Der Wohnungsverband Dresden-Neustadt-Land.

Pirna. Sonnabend: Laut Abschnitt 8 der Landesfettkarten für Monat November 1920 50 g Butter zum Preise von [illegible] M. für 500 Gramm. Verkaufsstellen: [illegible] E. Menke, A. Schumann, Hartmann, Meinert, [illegible] Filiale des Konsumvereins; 2 Uhr von 8 Uhr an Verkauf roten Rindfleisches (1 Pfund 6 M.) an die Inhaber [illegible] Freibankkarten, und zwar [illegible] die Nummern [illegible] Verkaufsstelle städtischer Schlachthof.

Pirna, am 18. November 1920. Der Rat der Stadt Pirna.

Maul- und Klauenseuche in Pirna. Im Gehöft des Fabrikbesitzers Richard Bengh, Kaiser-Wilhelm-Straße 21, ist unter den Kühen die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden. Das Gehöft wird als Sperrbezirk erklärt. Im übrigen verbleibt es bei den in den Bekanntmachungen vom 18. März und 28. Oktober 1920 getroffenen Anordnungen.

In den Gehöften von Max Sommer, Heidenauer Straße 7, und des Waisenhauses, Waisenhausstraße 1, ist die Seuche erloschen. [1236]

Pirna, am 18. November 1920. Der Rat der Stadt Pirna.

Die vom Schulausschuß beabsichtigte, vom Gesamtrat angeordnete Zettelumfrage an die Erziehungsberechtigten über die Teilnahme am Religionsunterricht steht mit den gesetzlichen Bestimmungen nach Ansicht des Schulausschusses nicht in Widerspruch. Auch die im Pirnaer Anzeiger unter Eingesandt bekanntgegebene Entscheidung des Herrn Kultusministers sagt dies in keiner Weise. Von denen, die den Zettel nicht ausfüllen, wird angenommen, daß sie konfessionellen Religionsunterricht wünschen. Die Umfrage halten der Schulausschuß und Rat nur aus praktischen Gründen für notwendig. Es muß festgestellt werden, wieviel Hilfskräfte zur Erteilung von Religionsunterricht benötigt werden. [1231]

Der Schulausschuß.

Gemeindevertreterwahlen in Heidenau.

Die Gemeinde Heidenau ist zu den am 28. November 1920 von vorm. 9 bis 8 Uhr abends stattfindenden Gemeindevertreterwahlen in 6 Wahlbezirke eingeteilt. Die Abgrenzung der einzelnen Wahlbezirke ist dieselbe wie bei der am 14. November 1920 erfolgten Landtagswahl. Als Wahllokale sind bestimmt:

Für den 1. Wahlbezirk: Restaurant Heidenauer Hof; Wahlvorsteher: Herr Gemeindeältester Freier; Stellvertreter: Herr Werkmeister Gräser.

Für den 2. Wahlbezirk: Restaurant Marktkeller; Wahlvorsteher: Herr Ortskrankenkassenverwalter Bauer; Stellvertreter: Herr Betriebsleiter Mann.

Für den 3. Wahlbezirk: Restaurant zur Börse; Wahlvorsteher: Herr Gemeindeobersekretär Harnisch; Stellvertreter: Herr Kassierer Nickel.

Für den 4. Wahlbezirk: Restaurant Schweizergarten; Wahlvorsteher: Herr Gewerkschaftsbeamter Feldbaum; Stellvertreter: Herr Baumeister Demmler.

Für den 5. Wahlbezirk: Restaurant Deutsches Haus; Wahlvorsteher: Herr Gemeindeältester Conrad; Stellvertreter: Herr Lehrer Sporius.

Für den 6. Wahlbezirk: Gasthof Gommern; Wahlvorsteher: Herr Gemeindeältester Köhler; Stellvertreter: Herr Fabrikbesitzer Grahmer.

Im übrigen wird auf die Bekanntmachung an den Anschlagtafeln verwiesen. Die Ermittlung des Wahlergebnisses erfolgt in öffentlicher Sitzung des Wahlausschusses am 1. Dezember 1920, vorm. 10 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathauses, hier. [1331]

Heidenau, am 17. November 1920.

Der Gemeindevorstand, zugleich als Wahlkommissar.

Eröffnung der Volkshochschule Radeberg,

die durch das Wohlfahrtsamt mit Unterstützung des Gewerkschaftskartells ins Leben gerufen wurde

Vorläufige Vortragsfolgen:

1. Rechtsfragen des täglichen Lebens: Dr. jur. Wenig, Dresden. Beginn: Dienstag d. 23. Novbr. 1920, abends 7½ Uhr, in der Realschule. Karte für 10 Abende 10 M.
2. Grundbegriffe der äußeren Politik: Dr. Max Seber, Dresden. Beginn: Mittwoch d. 24. Novbr. 1920, abends 7½ Uhr, in der Realschule. Karte für 6 Abende 6 M.
3. Grundlagen der Volkswirtschaft, I. Teil: Studienrat Welß, Dresden. Beginn: Donnerstag d. 25. Novbr. 1920, abds. 7½ Uhr, in der Realschule. Karte für 6 Abende 6 M.
4. Praktische Uebungen im Musikhören zum Verständnis der musikalischen Kunstformen: Musikschriftsteller A. Liebscher, Dresden. Beginn: Sonnabend d. 8. Januar 1921, abends 7½ Uhr, in der Realschule. Karte für 10 Abende 10 M.

Weitere Vortragsreihen sind in Vorbereitung.

Zum Besuch des ersten Abends jeder Vortragsreihe ist noch nicht das Lösen der Eintrittskarte, sondern nur ein Einzeichnen in eine Teilnehmerliste, die in den Buchhandlungen Menzel, Röderstraße, und Zimmermann, Hauptstraße, ausliegen, erforderlich. [1023]

Die letzten 14 Tage
unsres
Schuhwaren-Ausverkaufs
wegen Umbaues bieten Ihnen erneut große Preisherabsetzungen.
Jacobs Schuhhäuser
Schössergasse im alten Herzfeld-Warenhaus. Amalienstraße Ecke Serrestrasse. [1737]

Billige Bücher!
Durch einen größeren Abschluß sind wir in der Lage, Bücher von Wilhelm Raabe zu dem billigen Preise von 6.50 M. pro Band abzugeben. Wir empfehlen: Leute aus dem Walde. Alte Nester. Der Schüdderump. Abu Telfan. Die Akten des Vogelsangs. Fünf Erzählungen.
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz, und Filialen.

Gruna-Seidnitz
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie sämtliche Parteiliteratur nimmt entgegen
Frau Hedwig Hönel
Seidnitz, Gerberstraße 33, I.

Salzmüllers prakt. Weihnachtsgeschenke
Aluminium-, Emaillewaren, Wirtschaftsartikel, Waschgarnituren, Puppenwagen, Spielwaren ... Moritzstr. 1. Tel. 1188.

1 Milchziege zu verkaufen.

Der Zukunftsstaat
Produktion und Konsum im Sozialstaat.
Volksbuchhandlung.

Damenstiefel in allen Größen
Kinderstiefel Größen 23 bis 31
billigst zu verkauf. [1528]
Mathildenstraße 37, 2. I.

Hast du? im Leib ein Vogelwitter — trink von Spielhagen einen Magenbitter.
Eierkognak Liköre [1522]
Allka-Kümmel Magenbitter.
C. Spielhagen
Annenstr. 9
Bautzner Str. 9

Gaskocher einfl. von 6.50 M., zweifl. von 45.— M.
Gasplätten mit Erhitzer, kompl. 28.— M. [1183]
Lampen f. alle Beleuchtung bedeutend billiger
Otto Graichen
Trompeterstr. 15
Zentralth.-Pass.

Näh-Maschin., gut erhalten, billig zu verk.
Götzel, Hamburger Str. 16, I.

HR
Nähfaden schw., weiß, pr. Ware
1000 Mtr. 9.50.
Bestes offenes Stopfgarn [1417]
... Weberverf. erh. Rab.
H. Richter
Rosenstr., ... Linden 23. 23. 15. 14. 7.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201119/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

25

Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

Die Bürgerin Gamelin trug ihre Kokarde jetzt fester am Hute und hatte in kürzester Frist bürgerlichen Anstand und republikanischen Stolz angenommen. Sie benahm sich jetzt würdig, wie es der Mutter eines Geschworenen ziemt. Die Achtung vor der Justiz, in der sie aufgewachsen, die Ehrerbietung vor der Richterrobe, die sie von klein auf empfunden, der heilige Schrecken, der sie stets beim Anblick jener Männer ergriffen, denen Gott sein Recht über Leben und Tod hienieden anvertraut hat, alle diese Gefühle machten ihr ihren Sohn, den sie bis vor kurzem noch für ein halbes Kind hielt, ehrwürdig, hehr und heilig. In ihrem schlichten Sinne empfand sie die Fortdauer der Justiz in den Wirren der Revolution so lebhaft, wie die Gesetzgeber des Konvents die Kontinuität des Staates trotz des Wechsels der Regierungsform fühlten, und das Revolutionstribunal erschien ihr nicht minder majestätisch als alle früheren Gerichtshöfe, die sie zu verehren gelernt.

Der Bürger Brotteaux bezeigte dem jungen Geschworenen eine mit Ueberraschung gemischte Anteilnahme und eine erzwungene Ehrerbietung. Wie die Bürgerin Gamelin sah auch er die Fortdauer der Justiz unter allen Regierungsformen; doch im Gegensatz zu der guten Frau verachtete er die Revolutionsgerichte genau so wie die Gerichtshöfe der alten Zeit. Diesen Gedanken wagte er zwar nicht offen auszudrücken, aber stillschweigen konnte er auch nicht; und so erging er sich denn in Paradoxien, von denen Gamelin nur so viel verstand, daß er ihn für gesinnungslos hielt.

„Das hohe Gericht, in dem Sie alsbald sitzen werden," sagte er einmal zu ihm, „ist vom französischen Senat zur Wohlfahrt der Republik eingesetzt. Es war gewiß ein tugendhafter Gedanke unsrer Gesetzgeber, ihren Feinden Richter zu geben. Diesen Edelsinn begreife ich wohl, doch politisch scheint er mir nicht. Mir dünkt, es wäre geschickter gewesen, ihre unversöhnlichsten Gegensätze im stillen fortzuräumen und die übrigen durch Geschenke oder Versprechungen zu gewinnen. Gerichtsurteile werden langsam gefällt und rufen mehr Furcht als Schaden hervor; sie dienen vor allem zur Abschreckung. Ihr Nachteil besteht darin, daß sie alle, die dadurch erschreckt werden, zu Leidensgenossen machen; und so entsteht aus einem Haufen entgegengesetzter Interessen und Leidenschaften eine große Partei, die zu gemeinsamen und gefährlichen Taten schreiten kann. Sie säen Furcht aus; aber noch mehr als der Mut bringt die Furcht Helden hervor. Möge es Ihnen erspart bleiben, Bürger Gamelin, eines Tages Wunder an Furcht gegen sich ausbrechen zu sehen!"

Der Kupferstecher Demahis hatte sich in jener Woche in eine Dirne vom Palais Egalité vergafft, in die braune Flora, ein baumlanges Geschöpf. Trotzdem nahm er sich fünf Minuten Zeit, um seinen Gefährten zu beglückwünschen. Eine derartige Ernennung, so erklärte er, sei eine große Ehre für die Kunst.

Die zärtliche Elodie verabscheute zwar unbewußt alles Revolutionäre und sah im öffentlichen Dienste die gefährlichste Nebenbuhlerschaft, die ihr das Herz ihres Geliebten abspenstig machen konnte. Trotzdem unterlag auch sie dem Einfluß eines Beamten, der berufen war, Urteile in Kapitalverbrechen zu fällen. Im übrigen hatte seine Ernennung zum Geschworenen die angenehmsten Wirkungen, die seiner Empfindlichkeit schmeichelten. So erschien der Bürger Jean Blaise persönlich im Atelier an der Place de Thionville und umarmte den Geschworenen mit überschwenglicher männlicher Zärtlichkeit.

Wie alle Gegenrevolutionäre bezeigte er den republikanischen Machthabern Hochachtung, und seit er als Armeelieferant wegen Unterschleifs angezeigt war, flößte ihm das Revolutionsgericht eine heilige Scheu ein. Er stand zu sehr im Vordergrund und war an zu vielen Geschäften beteiligt, um sich ganz sicher zu fühlen, und so erschien ihm der Bürger Gamelin als einer, mit dem man behutsam umgehen mußte. Und schließlich war er doch ein guter Bürger und ein Freund des Gesetzes.

Er reichte dem Maler und Geschworenen die Hand, war vertraulich und patriotisch, zeigte sich als Gönner der Kunst und als Freiheitsfreund. Hochherzig drückte Gamelin seine breit dargebotene Hand.

„Bürger Evarist Gamelin," sagte Jean Blaise, „ich erhebe Anspruch auf Ihre Freundschaft und auf Ihr Talent. Ich lade Sie für morgen zu einem zweitägigen Ausflug ein; Sie sollen zeichnen und wir werden uns unterhalten."

Der Kunsthändler machte alljährlich mehrere Landpartien in Gesellschaft von Malern, die nach seinen Angaben Landschaften und Ruinen malten. Er verstand sich auf das, was dem Publikum gefiel, und brachte von diesen Ausflügen Skizzen heim, die im Atelier ausgeführt und dann geistreich gestochen, als Rötelzeichnungen oder farbige Radierungen viel Geld einbrachten. Nach diesen Skizzen ließ er auch Sopraporten und Spiegelumrahmungen malen, die sich ebensogut und noch besser verkauften als die Dekorationsstücke von Hubert Robert.

Diesmal wollte er den Bürger Gamelin mitnehmen, um Ruinen nach der Natur zu zeichnen; so sehr war der Geschworene in seiner Achtung als Maler gestiegen. Zwei andre Künstler waren mit eingeladen: der Kupferstecher Demahis und der unbekannte Philipp Dubois, der im Genre von Robert sehr tüchtig arbeitete. Nach alter Gewohnheit nahm die Bürgerin Elodie mit ihrer Freundin, Fräulein Hazard, an der Landpartie teil. Und Jean Blaise, der über seinen Geschäften sein Vergnügen nicht vergaß, hatte auch die Bürgerin Thévenin aufgefordert, eine Schauspielerin vom Vaudeville, die für seine Freundin galt.

Zehntes Kapitel.

Am Sonnabend, früh um 7 Uhr, klopfte Bürger Blaise mit dem Stil seiner Reitpeitsche an die Tür des Ateliers. Er trug einen schwarzen Zweispitz, scharlachrote Weste, Lederhosen und gelbe Stulpstiefel. Die Witwe Gamelin unterhielt sich ehrbar mit dem Bürger Brotteaux, während Evarist sich vor einer Spiegelscheibe sein hohes, weißes Halstuch umknüpfte.

„Guten Tag, Herr Blaise," sagte die Bürgerin, „aber da Sie Landschaften malen wollen, so nehmen Sie doch den Herrn Brotteaux mit, er ist Maler."

„Schön!" sagte Jean Blaise. „Bürger Brotteaux, kommen Sie mit."

Als Brotteaux merkte, daß er nicht lästig wäre, nahm er den Vorschlag an. Er war von geselliger Natur und liebte Zerstreuungen.

Die Bürgerin Elodie kam die vier Treppen herauf, um Frau Gamelin zu umarmen, die sie „liebe Mama" nannte. Sie trug ein weißes Kleid und duftete nach Lavendel.

(Fortsetzung folgt.)

Theater

Kammerspiele Münchheim. In der Montagnummer unsres Blattes haben wir einer Zuschrift von Frau Ernestine Münchheim Raum gegeben, in der sie ihren Plan entwickelt, auf dem Gelände des Ausstellungsparks eine Kammerspielbühne zu errichten. Wir haben bereits im Sommer, als Frau Münchheim im Saale der Kaufmannschaft eine Reihe von Werken der Kammerspielkunst zur Aufführung brachte, ihr Unternehmen freudig begrüßt und nur bedauert, daß es zu so unglinstiger Zeit und in einem so unglücklichen Raume geschah. Nun sich aber ein Haus gefunden hat, das nach geringen baulichen Veränderungen alle Voraussetzungen erfüllt, die man an ein Kammerspieltheater stellen muß, erwarten wir bestimmt, daß endlich das längst Notwendige Ereignis werden und Dresden, wie alle größeren Städte im Reich seit langem, seine ständige Kammerspielbühne erhalten möge, damit nicht länger bedeutende dramatische Dichtungen, die auf das Kleintheater gehören, vielfach sogar vom Dichter ausdrücklich dafür bestimmt worden sind, am falschen Ort oder gar überhaupt nicht aufgeführt werden. Bleibt Dresden Kunststadt? Diese Frage ist wiederholt besorgt aufgeworfen worden. Soll es das, soll es nicht zum bloßen Museumsstück hinabsinken, wie Rothenburg ob der Tauber, so muß es mit dem Kunstleben unsrer Zeit in innigstem Zusammenhang bleiben, und dazu ist nötig auch eine Kammerspielbühne.

Konzerte

Chorkonzerte. Verein Morgenrot, Radebeul, brachte unter Herrn Frankes tüchtiger Leitung das Märchenoratorium: Der Rose Pilgerfahrt, von Robert Schumann zu Gehör. An der in einer sehr gelungenen Aufführung, die das ernste Streben dieses Arbeitergesangvereins bekundete, wirkten Liesel von Schuch, Frau [illegible] Semmler, Erik Wildhagen, Emil Biebler und die [illegible] mit. An den chorischen Leistungen hatten die Frauenstimmen den frischesten Anteil, während Tenöre und Bässe infolge ungünstiger Aufstellung in der Klangwirkung zurücktraten. — Der Männer- und Frauenchor, Cotta, gab einen Liederabend mit volkstümlichen Gesängen. Unter Paul Beeges straffer Führung, die flotte Tempi bevorzugt, ließen die Darbietungen reinen Chorklang und durchgearbeiteten Vortrag erkennen. Ferner erfreute noch ein Mitglied der Opernkapelle mit virtuos wiedergegebenen Cello-Soli. — Der Chorverein der Arbeiterschaft, Dresden-A., brachte im Vereinshause Chöre von Karl Maria von Weber aus Preziosa, darunter das bekannte und beliebte Morgenlied: Die Sonn' erwacht, und Robert Schumanns Zigeunerleben, unter Kantor Schönes präziser Leitung zu hören in erfreulich reiner und belebter Vorführung. Zwischen diese romantischen Chorstücke waren stilvoll Lieder von Weber und Schumann eingeflochten, die die Dresdner Gesangspädagogin Marie Alberti mit ihrer gepflegten Altstimme und ausgeglichenem Vortrag wiedergab. Lieder von Beethoven sollten an seinen bevorstehenden 150. Geburtstag erinnern. — Der Dresdner Lehrergesangverein bot in seinem ersten Winterkonzert selten zu hörende Liedgaben dar: Chöre von Lachner, Robert Schumann, Reiter, Bruckner und Richard Strauß, die den meisten Sängervereinigungen wegen der schwierigen Ausführbarkeit so gut wie unzugänglich sind. Friedrich Brandes war dem zu Höchstleistungen befähigten größten Männerchore Dresdens ein feinfühliger, besonnener Leiter. Gleichwohl wird der Verein sein Stimmaterial klanglich noch besser zusammenschließen müssen; die Tenöre sondern sich von den Bässen durch ungleichwertige Tonbeschaffenheit ab. Von Paul Schimmer begleitet, sang Friedrich Plaschke Lieder von Schumann und Hugo Wolf. — Der Opernchor führte am Mittwoch unter [illegible] Lemhaur Verdis Totenmesse auf. Die süße und doch edle Musik [illegible] restlos vollendeter Wiedergabe erfüllte die Zuhörer mit weihevoller Stimmung. Solistisch wirkten in zu preisender Weise Elisabeth [illegible]berg, Ottilie Metzger-Lattermann, Tauber und Plaschke mit. XX

Dresdner Kalender

Theater am 20. November. Opernhaus: Der Evangelimann (6½). — Schauspielhaus: Die Marquise von Arcis (7). — Albert-Theater: Dantons Tod (7½). — Zentral-Theater: Dorfmusikanten (7). — Residenz-Theater: Das Dorf ohne Glocke (7).

Schauspielhaus. Freitag den 19. November wird Baumeister Solneß von Ibsen nach anderthalbjähriger Pause in folgender Besetzung wieder in den Spielplan aufgenommen: Solneß: Paul Wiecke, Aline: Melitta Leithner, Dr. Herdal: Rudolf Schröder, Knut Brovik: Erich Ponto, Ragnar: Paul Paulsen, Kaja Fosli: Jenny Schaffer, Hilde Wangel: Alice Verden. Spielleitung: Paul Wiecke. Anfang: 7 Uhr.

Albert-Theater. Freitag den 19. November findet die Erstaufführung von Nestroys Zauberposse Lumpazivagabundus statt. Spielleitung: Max Reitz.

Das 7. Volkssinfoniekonzert des Philharmonischen Orchesters (Leitung Kapellmeister Mraczek) findet Sonnabend den 20. November 1920, abends 7½ Uhr, im Gewerbehaus statt. (Solist Opernsänger Schmalnauer.) Ein Teil der Eintrittskarten wird durch die an den Volksvorstellungen beteiligten Arbeiter- und Berufsvereinigungen für 2 M. (einschließlich Kleiderablage und Vortragsfolge) verkauft.

„Die Wunder der Urwelt — Der Mensch der Vergangenheit und der Zukunft", so lautet das Thema des Lichtbilderdoppelvortrags, den Herr Dr. Plate aus Bremen am 22. November im Gasthof Grüne Wiese, Gruna; am 23. November im Gasthof Sächsischer Wolf in Deuben; am 24. November in Watzkes Etablissement in Mickten im Auftrage der Ortsgruppe Dresden des Deutschen Monistenbundes halten wird. In leichtverständlicher Weise wird der Redner einen kurzen, aber umfassenden und geschlossenen Ueberblick über die versunkene Welt der Urzeit geben und die Formen vorführen, aus denen sich die heute lebenden Arten entwickelt haben. In erster Linie wird er auf die Stellung des Menschen in der Natur zu sprechen kommen und durch seine Ausführungen helles Licht auf seine Entwicklung aus niedrigsten Anfängen heraus fallen lassen. Mehr als hundert interessante Lichtbilder erläutern die volkstümlichen, aber trotzdem streng wissenschaftlichen Ausführungen. Näheres siehe in den Anzeigen.

Rechtzeitige bedeutende Abschlüsse ermöglichen uns die Beibehaltung der jetzigen billigen Preise!

Alleinverkauf

Neustadt

Wettinerstr. 31–33 Ecke Mittelstr. | Pirnaischer Pl. Ecke Grunaerstr. | König-Johannstr. Ecke Moritzstr. | Pragerstraße Ecke Sidonienstr. | Hauptstraße Ecke Ritterstr.

Die nachstehend aufgeführten Waren sind nur ein kleiner Auszug aus unsrer Riesenauswahl!

Damen-Stiefel

Chromleder-Schnürstiefel mit Lackkappen	125.00
Rindboxleder-Schnürstiefel echte Kappen, solide Ausführung	135.00
Mastboxleder-Schnürstiefel echte Kappen, solide Ausführung	148.00
Prima Wichsleder-Schnürstiefel kräftiger Spazierstiefel	158.00
Pa. Mastboxleder-Schnürstiefel Rahmenarbeit	195.00
Pa. echt Chevreau- und Boxcalf-Schnürstiefel, Rahmenarbeit	225.00

Damen-Halbschuhe

Echt Chevreau-Spangenschuhe schwarz und braun, Gelegenheitskauf	75.00
Roßchevreau-Schnürschuhe echte Kappe, solide Ausführung	89.00
Roßchevreau-Schnürschuhe mit Lackkappen, elegante Form	98.00
Prima Boxr.- und Roßchevreau-Schnürschuhe, echte Kappe, sol. Ausf.	125.00
Prima echt Boxcalf-Schnürschuhe echte Kappe, elegante Formen	148.00
Prima echt Boxcalf- und Chevreau-Schnürschuhe, Rahmenarbeit	165.00

Herren-Stiefel

Box- u. Wichsleder-Schnürstiefel echte Kappe, solide Ausführung	125.00
Rindboxleder-Schnürstiefel echte Kappe, solide Ausführung	148.00
Pa. Mastbox- u. Roßchevr.-Schnürstiefel mit echter und mit Lackkappe	175.00
Pa. Mastbox- u. Boxcalf-Schnürstiefel, Rahmenarbeit, viele Formen	195.00
Pa. genarbt Rindleder-Sportstiefel mit Doppelsohlen, kräftige Ausführung	198.00
Pa. braune echt Boxcalf-Schnürstiefel, Rahmenarbeit, mit Doppelsohle	295.00

Kinder-Stiefel

Boxleder-Schnürstiefel Ledersohlen, 18 21	25.00
Roßchevreau-Schnürstiefel Ledersohlen, 18 21	29.00
Boxleder-Schnürstiefel mit Absatzfleck, 21 22	33.00

Boxleder-Schnürstiefel mit Ledersohlen u. Absatz

Größe	21–24	25–26	27–30	31–35
	58.00	65.00	75.00	85.00

Prima Mastboxleder-Schulstiefel, beste Ausführung

Größe	27–28	29–30	31–33	34–35
	90.00	95.00	105.00	110.00

Besichtigen Sie unsre Schaufensterauslagen!

Oschatzer Filzschuhwaren

Besichtigen Sie unsre Schaufensterauslagen!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201119/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG